

Vollzugshilfen zur Umsetzung der Marktüberwachung bei den abfallrechtlichen Harmonisierungsrechtsvorschriften für Altfahrzeuge, Elektro- und Elektronikgeräte, Batterien und Akkumulatoren und Verpackungen in Sachsen-Anhalt

Anhang IV zum Handbuch

Leitfaden

zur Marktüberwachung hinsichtlich der Einhaltung der Vorgaben des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes und der Elektro- und Elektronikgeräte-Stoff-Verordnung

Bearbeitungsstand: 24.11.2016



SACHSEN-ANHALT

Landesamt für Umweltschutz

Inhaltsverzeichnis

1	Einführung und Zielstellung	5
2	Abkürzungen	5
3	Begriffsbestimmungen	5
4	Rechtliche Grundlagen	11
4.1	Richtlinie 2012/19/EU über Elektro- und Elektronik-Altgeräte	11
4.2	Richtlinie 2011/65/EU zur Beschränkung der Verwendung bestimmter gefährlicher Stoffe in Elektro- und Elektronikgeräten	12
4.3	Gesetz über das Inverkehrbringen, die Rücknahme und die umweltverträgliche Entsorgung von Elektro- und Elektronikgeräten (Elektro- und Elektronikgerätegesetz - ElektroG)	12
4.4	Verordnung zur Beschränkung der Verwendung gefährlicher Stoffe in Elektro- und Elektronikgeräten (Elektro- und Elektronikgeräte-Stoff-Verordnung – ElektroStoffV)	15
5	Überwachung	17
5.1	Gemeinsame Stelle	17
5.2	Pflichten der Hersteller	18
5.2.1	Pflichten gemäß ElektroG	18
5.2.1.1	Registrierungspflicht	18
5.2.1.2	Produktkonzeption	19
5.2.1.3	Kennzeichnungspflichten	19
5.2.1.4	Rücknahmepflichten	20
5.2.1.5	Verwertungsquoten.....	22
5.2.1.6	Mitteilungs- und Informationspflichten.....	22
5.2.2	Pflichten gemäß ElektroStoffV	23
5.2.2.1	Stoffbeschränkungen.....	23
5.2.2.2	Prüf-, Kontroll- und Dokumentationspflichten	24
5.2.2.3	Kennzeichnungspflichten	25
5.2.2.4	Mitteilungs- und Informationspflichten.....	25
5.2.2.5	Ermächtigung eines Bevollmächtigten	26
5.3	Pflichten der Importeure.....	26
5.3.1	Prüf- und Dokumentationspflichten	27
5.3.2	Kennzeichnungspflichten	27
5.3.3	Informationspflichten.....	28
5.4	Pflichten der Vertreiber	28
5.4.1	Pflichten gemäß ElektroG	29
5.4.1.1	Rücknahmepflichten	29
5.4.1.2	Meldepflichten	29
5.4.1.3	Prüf- und Dokumentationspflichten	30
5.4.1.4	Informationspflichten.....	30
5.4.2	Pflichten gemäß ElektroStoffV	30
5.4.2.1	Prüf- und Dokumentationspflichten	30
5.4.2.2	Informationspflichten.....	31
5.5	Pflichten der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger	31
5.5.1	Erfassungs- und Übergabepflichten.....	31

5.5.2	Entsorgungspflichten	32
5.5.3	Melde- und Nachweispflichten	32
5.5.4	Informationspflichten.....	33
5.6	Pflichten der Erstbehandlungsanlagen.....	33
5.7	Praktische Vorgehensweise bei der Überwachung - Hinweise zur Verwendung der Checklisten.....	35
6	Quellenverzeichnis	38

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Zusammenwirken UBA, Herstellern und der Stiftung ear zur Umsetzung des ElektroG [UBA] (Hinweis: Schema nach ElektroG vom 16.03.2005)	18
Abbildung 2:	Symbol „Durchgestrichene Mülltonne“ mit Kennzeichnung (ausgefüllter Balken nach DIN EN 50419), dass das Gerät nach dem 13.08.2005 erstmals in Verkehr gebracht wurde	20
Abbildung 3:	CE-Kennzeichen.....	25
Abbildung 4:	Fliessbild Erfassung und Verwertung von Altgeräten [LAGA M31 (2009)].....	34

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Zu überwachende Regelungen des ElektroG sowie	12
Tabelle 2:	Zu überwachende Regelungen der ElektroStoffV sowie geltende OWi-Regelungen	15

Anlagen

Anlage 1	Beispiel Überwachungszertifikat Erstbehandlungsanlage
Anlage 2	Checkliste Hersteller
Anlage 3	Checkliste Importeure
Anlage 4	Checkliste Vertreiber
Anlage 5	Checkliste Öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger
Anlage 6	Checkliste Erstbehandlungsanlagen

1 Einführung und Zielstellung

Dieser Leitfaden dient der Umsetzung der Vorgaben der abfallrechtlichen Harmonisierungsvorschriften in Bezug auf Elektro- und Elektronikgeräte. Die dargestellten Maßnahmen zur Marktüberwachung umfassen den gesamten Produktlebenszyklus der Elektro- und Elektronikgeräte und der damit einhergehenden Pflichten aller Wirtschaftsakteure, wie die Einhaltung von Getrenntsammlungs- und Rücknahmepflichten, Entsorgungspflichten, Mitteilungs- und Informationspflichten, Vorgaben für die Abfallvermeidung inkl. Stoffhöchstkonzentrationen, Kennzeichnungsvorgaben und Aufgaben der Gemeinsamen Stelle.

2 Abkürzungen

AbfG LSA	Abfallgesetz des Landes Sachsen-Anhalt
BattG	Batteriegesetz
ElektroG	Elektro- und Elektronikgerätegesetz
ElektroStoffV	Elektro- und Elektronikgeräte-Stoff-Verordnung
KrWG	Kreislaufwirtschaftsgesetz
LAGA	Länderarbeitsgemeinschaft Abfall
LAU	Landesamt für Umweltschutz Sachsen Anhalt
örE	öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger
ProdSG	Produktsicherheitsgesetz
SG	Sammelgruppe
Stiftung ear	Stiftung Elektro-Altgeräte Register
UBA	Umweltbundesamt
WEEE	Waste of Electrical and Electronic Equipment

3 Begriffsbestimmungen

Nachfolgend werden die für diesen Leitfaden erforderlichen Definitionen wiedergegeben. Die Definitionen sind, soweit sie nicht dem ElektroG oder der ElektroStoffV entstammen, kursiv gedruckt.

Elektro- und Elektronikgeräte (nach § 3 Nr. 1 ElektroG;) sind

Geräte, die für den Betrieb mit Wechselspannung von höchstens 1 000 Volt oder Gleichspannung von höchstens 1 500 Volt ausgelegt sind und

- a) Zu ihrem ordnungsgemäßen Betrieb von elektrischen Strömen oder elektromagnetischen Feldern abhängig sind oder
- b) Der Erzeugung, Übertragung und Messung von elektrischen Strömen und elektromagnetischen Feldern dienen.

Geräteart (nach § 3 Nr. 2 ElektroG) bezeichnet Geräte innerhalb einer Kategorie, die hinsichtlich der Art ihrer Nutzung oder ihrer Funktionen vergleichbare Merkmale aufweisen. *Es sind zehn Gerätekategorien festgelegt, die im Anhang I ElektroG mit einer beispielhaften Aufzählung von Gerätearten festgelegt sind. Eine beispielhafte Zuordnung von Gerätearten zu den einzelnen Kategorien findet sich unter*

<http://www.stiftung-ear.de/hersteller/geraetezuordnunguebersicht>.

B2c-Geräte (business-to-consumer-Geräte) sind solche Elektro- und Elektronikgeräte, die in privaten Haushalten genutzt werden können. Maßgebend für die Beurteilung ist die gewöhnliche Nutzung und nicht, ob die lediglich theoretische Nutzbarkeit in einem privaten Haushalt besteht (Quelle: Stiftung ear).

Als **b2b-Geräte** (*business-to-business-Geräte*) werden solche Elektro- und Elektronikgeräte bezeichnet, für die der Hersteller glaubhaft machen kann, dass sie ausschließlich in anderen als privaten Haushalten genutzt werden (*tatsächliche Verwendung*) oder dass solche Geräte gewöhnlich nicht in privaten Haushalten genutzt werden (*bestimmungsgemäße Verwendung*). Entscheidend für die b2b-Eigenschaft eines Gerätes ist daher nicht der Vertriebsweg (zum Beispiel Abgabe nur an gewerbliche Zwischenhändler), sondern der Ort der möglichen Nutzung. B2b-Geräte sind also praktisch ausschließlich gewerblich nutzbare Geräte, die zum Beispiel wegen ihres Verwendungszwecks, wegen besonderer Voraussetzungen für ihren Einsatz (erforderliche Betriebsgenehmigungen, besondere Umgebung oder qualifiziertes Fachpersonal), aufgrund ihrer Größe oder wegen anderer Eigenschaften, eine Nutzung im privaten Bereich unmöglich oder zumindest unwahrscheinlich machen (bspw. medizinische Großgeräte, Geldautomaten, Lichtwerbegeräte, Großküchenausstattungen) (Quelle: Stiftung ear).

Kabel (nach § 2 Nr. 4 ElektroStoffV) sind Verbindungs- oder Verlängerungskabel zum Anschluss eines Elektro- oder Elektronikgeräts an eine Steckdose oder zur Verbindung von zwei oder mehr Elektro- oder Elektronikgeräten mit einer Nennspannung von weniger als 250 Volt.

Ein **Ersatzteil** (nach § 2 Nr. 25 ElektroStoffV) ist ein Einzelteil eines Elektro- oder Elektronikgeräts, das einen Bestandteil eines Elektro- oder Elektronikgeräts ersetzen kann und das dessen

- a) Funktionstüchtigkeit wiederherstellt oder verbessert,
- b) Wiederverwendung ermöglicht,
- c) Funktionen aktualisiert oder
- d) Leistungsvermögen erweitert.

In Verkehr bringen (nach § 3 Nr. 8 ElektroG) meint die erstmalige Bereitstellung eines Elektro- oder Elektronikgerätes auf dem Markt im Geltungsbereich des ElektroG. Abweichend definiert § 2 Nr. 11 der ElektroStoffV das „Inverkehrbringen“ als „erstmalige Bereitstellung auf dem Markt zum Vertrieb, zum Verbrauch oder zur Verwendung“

Die **Bereitstellung auf dem Markt** (nach § 2 Nr. 10 ElektroStoffV) umfasst jede entgeltliche oder unentgeltliche Abgabe eines Elektro- oder Elektronikgeräts zum Vertrieb, zum Verbrauch oder zur Verwendung auf dem Markt der Europäischen Union im Rahmen einer Geschäftstätigkeit.

Altgeräte (nach § 3 Nr. 3 ElektroG) sind Elektro- und Elektronikgeräte, die Abfall im Sinne des § 3 (1) Satz 1 KrWG sind, einschließlich aller Bauteile, Unterbaugruppen und Verbrauchsmaterialien, die zum Zeitpunkt des Eintritts der Abfalleigenschaft Teil des Altgerätes sind.

Altgeräte aus privaten Haushalten (nach § 3 Nr. 5 ElektroG) sind Altgeräte aus privaten Haushalten im Sinne des KrWG sowie Altgeräte aus sonstigen Herkunftsbereichen, soweit die Beschaffenheit und Menge der dort anfallenden Altgeräte mit der Beschaffenheit und Menge von üblicherweise in privaten Haushalten anfallenden Altgeräten vergleichbar ist; Elektro- und Elektronikgeräte, die sowohl von privaten Haushalten als auch von anderen Nutzern als privaten Haushalten genutzt werden, gelten, wenn sie Abfall werden, als Altgeräte aus privaten Haushalten.

Als private Haushaltungen werden dabei regelmäßig Orte der privaten Lebensführung verstanden, insbesondere Wohnungen und zugehörige Grundstücks- oder Gebäudeteile.

Darüber hinaus sind private Haushalte nach der gesetzlichen Definition im ElektroG aber auch sonstige Herkunftsbereiche von Altgeräten, soweit die Beschaffenheit und Menge der dort anfallenden Altgeräte mit den in privaten Haushaltungen anfallenden Altgeräten vergleichbar sind. Hierunter fallen z. B. Gewerbebetriebe, Büros, Schulen, Behörden, Gaststätten usw., wenn die genannten Voraussetzungen an die dort potentiell anfallenden Altgeräte

erfüllt sind (Quelle: Stiftung ear: <https://www.stiftung-ear.de/service/fragen-und-antworten/b2c-geraete/#c2576>, 29.01.2016).

Die **öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger (örE)** sind gemäß § 3 Nr. 12) ElektroG die nach Landesrecht zur Entsorgung verpflichteten juristischen Personen. *In Sachsen-Anhalt sind dies gemäß § 3 (1) AbfG LSA die Landkreise und kreisfreien Städte.*

Die örE haben die erfassten Altgeräte in verschiedenen Behältnissen, sortiert in folgende sechs

Gruppen, bereitzustellen (gemäß § 14 (1) ElektroG):

- Gruppe 1: Haushaltsgroßgeräte, automatische Ausgabegeräte,
- Gruppe 2: Kühlgeräte, ölfüllte Radiatoren,
- Gruppe 3: Bildschirme, Monitore und TV-Geräte,
- Gruppe 4: Lampen
- Gruppe 5: Haushaltskleingeräte, Informations- und Telekommunikationsgeräte, Geräte der Unterhaltungselektronik, Leuchten und sonstige Beleuchtungskörper sowie Geräte für die Ausbreitung oder Steuerung von Licht, elektrische und elektronische Werkzeuge, Spielzeuge, Sport- und Freizeitgeräte, Medizinprodukte, Überwachungs- und Kontrollinstrumente und
- Gruppe 6: Photovoltaikmodule

Eine **Sammelstelle** (nach § 13 (1), (2) ElektroG) ist eine von den örE betriebene Einrichtung, an der Altgeräte aus privaten Haushalten ihres Gebietes angeliefert werden können (Bring-system). Die Annahme kann aus Platzgründen auf bestimmte Sammelgruppen beschränkt sein.

Durch eine **Optierung** gemäß § 14 (5) ElektroG kann ein örE sämtliche Altgeräte einer Gruppe von der Bereitstellung zur Abholung durch die Stiftung ear ausnehmen. Im Fall der Optierung können Altgeräte in der optierten Gruppe separiert werden. Der örE hat die Altgeräte wiederzuverwenden oder nach § 20 ElektroG zu behandeln und nach § 22 ElektroG zu entsorgen.

Vermeidung (nach § 3 (20) KrWG) umfasst Maßnahmen, die ergriffen werden, bevor ein Erzeugnis zu Abfall geworden ist, und zur Verringerung der Abfallmenge und der schädlichen Auswirkungen von Altgeräten, ihren Werkstoffen und Substanzen auf Mensch und Umwelt dienen.

Wiederverwendung (nach § 3 (21) KrWG) ist jedes Verfahren, bei denen die Altgeräte oder deren Bauteile, die keine Abfälle sind, zu demselben Zweck verwendet werden, für den sie hergestellt oder in Verkehr gebracht wurden.

Verwertung (nach § 3 (23) KrWG) im Sinne des KrWG ist jedes Verfahren, als dessen Hauptergebnis Abfälle einem sinnvollen Zweck zugeführt werden, indem sie andere Materialien ersetzen oder si vorbereitet werden, dass sie die Funktion anderer Materialien erfüllen. Eine nicht abschließende Liste von Verwertungsverfahren umfasst Anlage 2 des KrWG.

Beseitigung (nach § 3 (26) KrWG) im Sinne des KrWG ist jedes Verfahren, das keine Verwertung ist, auch wenn dadurch Stoffe oder Energie zurückgewonnen werden. Eine nicht abschließende Liste von Beseitigungsverfahren umfasst Anlage 1 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes.

Behandlung (nach § 3 Nr. 23 ElektroG) sind Tätigkeiten, die nach der Übergabe der Altgeräte an eine Anlage zur Entfrachtung von Schadstoffen, zur Demontage, zum Schreddern, zur Verwertung oder zur Vorbereitung der Beseitigung durchgeführt werden, sowie sonstige Tätigkeiten, die der Verwertung oder Beseitigung der Altgeräte dienen.

Hersteller (nach § 3 Nr. 9 ElektroG) ist jede natürliche oder juristische Person oder Personengesellschaft, die unabhängig von der Verkaufsmethode, einschließlich der Fernkommunikationsmittel im Sinne des § 312 c (2) des Bürgerlichen Gesetzbuchs

- a) Elektro- und Elektronikgeräte
 - aa) unter ihrem Namen oder ihrer Marke herstellt und innerhalb des Geltungsbereiches des ElektroG anbietet oder
 - bb) konzipieren oder herstellen lässt und sie unter ihrem Namen oder ihrer Marke innerhalb des Geltungsbereiches des ElektroG anbietet,
- b) Elektro- oder Elektronikgeräte anderer Hersteller unter ihrem eigenen Namen oder Marke im Geltungsbereich des ElektroG anbietet oder gewerbsmäßig weiterverkauft, wobei der Anbieter oder Weiterverkäufer dann nicht als Hersteller anzusehen ist, wenn der Name oder die Marke des Herstellers gemäß Buchstabe a auf dem Gerät erscheint,
- c) erstmals aus einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder aus einem Drittland stammende Elektro- und Elektronikgeräte auf dem Markt im Geltungsbereich des ElektroG anbietet oder
- d) Elektro- oder Elektronikgeräte unter Verwendung von Fernkommunikationsmitteln direkt Endnutzern im Geltungsbereich des ElektroG anbietet und in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem Drittland niedergelassen ist;

Als Hersteller gilt zugleich auch jeder Vertreiber, der entgegen § 6 (2) Satz 2 vorsätzlich oder fahrlässig neue Elektro- oder Elektronikgeräte nicht oder nicht ordnungsgemäß registrierter Hersteller oder von Herstellern, deren Bevollmächtigte nicht oder nicht ordnungsgemäß registriert sind, zum Verkauf anbietet; in diesem Fall gilt abweichend die Bereitstellung als Inverkehrbringen;

Achtung:

*Die ElektroStoffV unterscheidet Hersteller und Importeur. Hier heißt es: **Hersteller** (ist) jede natürliche oder juristische Person oder Personengesellschaft, die ein Elektro- oder Elektronikgerät herstellt oder entwickeln oder herstellen lässt und es unter ihrem eigenen Namen oder ihrer eigenen Marke vermarktet. **Importeur** ist jede in der Europäischen Union ansässige natürliche oder juristische Person oder Personengesellschaft, die ein Elektro- oder Elektronikgerät aus einem Drittstaat im Geltungsbereich dieser Verordnung anbietet oder in Verkehr bringt.*

*Die sogenannte „**Herstellerfiktion**“ bedeutet, dass der Vertreiber als Hersteller im Sinne des ElektroG gilt, soweit er vorsätzlich oder fahrlässig neue Elektro- und Elektronikgeräte nicht oder nicht ordnungsgemäß registrierter Hersteller zum Verkauf anbietet. In diesem Falle obliegen dem Vertreiber sämtliche Herstellerverpflichtungen aus dem ElektroG.*

Ein **Bevollmächtigter** (nach § 2 Nr. 6 ElektroStoffV) ist jede in der Union ansässige natürliche oder juristische Person oder Personengesellschaft, die der Hersteller schriftlich ermächtigt hat, in seinem Namen bestimmte Aufgaben wahrzunehmen.

Zusätzlich dazu ist ein Bevollmächtigter (nach § 3 Nr. 10 ElektroG) jede im Geltungsbereich des ElektroG niedergelassene natürliche oder juristische Person oder Personengesellschaft, die ein Hersteller ohne Niederlassung im Geltungsbereich des ElektroG beauftragt hat, in eigenem Namen sämtliche Aufgaben wahrzunehmen, um die Herstellerpflichten nach ElektroG zu erfüllen; Bevollmächtigter kann auch ein Hersteller oder ein Vertreiber gemäß ElektroG sein;

*Die **Gemeinsame Stelle** ist eine von den Herstellern zu schaffende Organisation, welche die Koordination der Aufgaben der Hersteller nach ElektroG gleichberechtigt für alle Hersteller übernimmt. Zudem ist eine Beleihung mit hoheitlichen Aufgaben durch die zuständige Behörde möglich, siehe hierzu auch Kapitel 5.1.*

Ein **Wirtschaftsakteur** (nach § 2 Nr. 9 ElektroStoffV) ist ein Hersteller, Bevollmächtigter, Importeur oder Vertreiber von Elektro- und Elektronikgeräten.

Vertreiber (nach § 3 Nr. 11 ElektroG) ist jede natürliche oder juristische Person oder Personengesellschaft, die neue Elektro- und Elektronikgeräte anbietet oder auf dem Markt bereitstellt, siehe auch Definition **Hersteller**.

Anbieten (nach § 3 Nr. 6 ElektroG) ist das im Rahmen einer gewerbsmäßigen Tätigkeit auf den Abschluss eines Kaufvertrages gerichtete Präsentieren oder öffentliche Zugänglichmachen von Elektro- und Elektronikgeräten im Geltungsbereich des ElektroG; dies umfasst auch die Aufforderung, ein Angebot abzugeben.

Gefährliche Stoffe oder **gefährliche Gemische** (nach § 3 Nr. 26 ElektroG) sind Stoffe oder Gemische die die in Artikel 3 i. V. m. Anhang I der VO (EG) 1272/2008¹ dargelegten Gefahrenklassen oder -kategorien erfüllen:

- a) Gefahrenklassen 2.1 bis 2.4, 2.6 und 2.7, 2.8 Typen A und B, 2.9, 2.10, 2.12, 2.13 Kategorien 1 und 2, 2.14 Kategorien 1 und 2, 2.15 Typen A bis F,
- b) Gefahrenklassen 3.1 bis 3.6, 3.7 mit Ausnahme von Wirkungen auf oder über die Laktation, 3.8 mit Ausnahme von narkotisierenden Wirkungen, 3.9 und 3.10,
- c) Gefahrenklasse 4.1,
- d) Gefahrenklasse 5.1;

Erstbehandlung (gemäß § 3 Nr. 24 ElektroG) ist die erste Behandlung von Altgeräten, bei der die Altgeräte zur Wiederverwendung vorbereitet oder von Schadstoffen entfrachtet und Wertstoffe aus den Altgeräten separiert werden, einschließlich hierauf bezogener Vorbereitungsbehandlungen; die Erstbehandlung umfasst auch die Verwertungsverfahren R 12 und R 13 nach Anlage 2 KrWG; die zerstörungsfreie Entnahme von Lampen aus Altgeräten bei der Erfassung gilt nicht als Erstbehandlung; dies gilt auch für die zerstörungsfreie Entnahme von Altbatterien und Altakkumulatoren, die nicht vom Altgerät umschlossen sind;

*Die **Folgebehandlung** umfasst alle abfallwirtschaftlichen Prozessschritte eines Abfallstromes ab der Erstbehandlungsanlage bis zur Verwertung. Dabei kann ein Folgebehandler Teilschritte der selektiven Behandlung durchführen.*

Entfernen (gemäß § 3 Nr. 25 ElektroG) ist die manuelle, mechanische, chemische oder metallurgische Bearbeitung von Altgeräten, in deren Folge im Laufe des Behandlungsverfahrens gefährliche Stoffe, Gemische oder Bestandteile einen unterscheidbaren Stoffstrom oder einen unterscheidbaren Teil eines Stoffstroms bilden;. Stoffe, Gemische und Bestandteile gelten dann als unterscheidbar, wenn sie überwacht werden können, um ihre umweltgerechte Behandlung oder Entsorgung zu überprüfen.

Die **technische Spezifikation** (gemäß § 2 Nr. 13 ElektroStoffV) ist ein Dokument, in dem die technischen Anforderungen festgelegt sind, die ein Produkt, ein Verfahren oder eine Dienstleistung erfüllen muss.

Die **CE-Kennzeichnung** (nach § 2 Nr. 14 ElektroStoffV) ist die Kennzeichnung, durch die der Hersteller erklärt, dass das Elektro- oder Elektronikgerät die geltenden Anforderungen erfüllt, die in den Harmonisierungsrechtsvorschriften der Europäischen Union, die ihre Anbringung vorschreiben, festgelegt sind.

¹ Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 über die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen, zur Änderung und Aufhebung der Richtlinien 67/548/EWG und 1999/45/EG und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 (ABl. L 353 vom 31.12.2008, S. 1)

Die **Konformitätsbewertung** (nach § 2 Nr. 15 ElektroStoffV) ist das Verfahren zur Bewertung, ob die Anforderungen der ElektroStoffV in Bezug auf ein Elektro- oder Elektronikgerät erfüllt sind.

Stand der Technik ist gemäß § 3 (28) KrWG der Entwicklungsstand fortschrittlicher Verfahren, Einrichtungen oder Betriebsweisen, der die praktische Eignung einer Maßnahme zur Begrenzung von Emissionen in Luft, Wasser und Boden, zur Gewährleistung der Anlagensicherheit, zur Gewährleistung einer umweltverträglichen Abfallentsorgung oder sonst zur Vermeidung oder Verminderung von Auswirkungen auf die Umwelt zur Erreichung eines allgemein hohen Schutzniveaus für die Umwelt insgesamt gesichert erscheinen lässt. Bei der Bestimmung des Standes der Technik sind insbesondere die in Anlage 3 KrWG aufgeführten Kriterien zu berücksichtigen.

Unter **Rückruf** (nach § 2 Nr. 17 ElektroStoffV) ist jede Maßnahme, mit der die Rückgabe eines an die Endverbraucherin oder den Endverbraucher abgegebenen Elektro- oder Elektronikgeräts bewirkt werden soll, zu verstehen.

Eine **Rücknahme** (nach § 2 Nr. 18 ElektroStoffV) ist jede Maßnahme, mit der verhindert werden soll, dass ein Elektro- oder Elektronikgerät, das sich in der Lieferkette befindet, auf dem Markt bereitgestellt wird.

Als **homogenen Werkstoff** (nach § 2 Nr. 19 ElektroStoffV) bezeichnet man einen Werkstoff von durchgehend gleichförmiger Zusammensetzung oder einen aus verschiedenen Werkstoffen bestehenden Werkstoff, der nicht durch mechanische Vorgänge wie Abschrauben, Schneiden, Zerkleinern, Mahlen und Schleifen in einzelne Werkstoffe zerlegt oder getrennt werden kann.

Marktüberwachung (nach § 2 Nr. 16 ElektroStoffV) sind die von den zuständigen Behörden durchgeführten Tätigkeiten und von ihnen getroffenen Maßnahmen, durch die sichergestellt werden soll, dass ein Elektro- oder Elektronikgerät die Anforderungen dieser Verordnung erfüllt und die Sicherheit und Gesundheit von Personen oder andere im öffentlichen Interesse schützenswerte Bereiche nicht gefährdet.

Historische Altgeräte (nach § 3 Nr. 4 ElektroG) sind

- a) Altgeräte, die vor dem 13. August 2005 in Verkehr gebracht wurden, oder
- b) Leuchten aus privaten Haushalten und Photovoltaikmodule, die Altgeräte sind und vor dem 24. Oktober 2015 in Verkehr gebracht wurden;

Photovoltaikmodule (nach § 3 Nr. 13 ElektroG) sind elektrische Vorrichtungen, die zur Verwendung in einem System bestimmt sind und zur Erzeugung von Strom aus solarer Strahlungsenergie entworfen, zusammengesetzt und installiert werden.

Lampen (nach § 3 Nr. 14 ElektroG) sind Einrichtungen zur Erzeugung von Licht.

Leuchten (nach § 3 Nr. 15 ElektroG) sind Geräte zur Verteilung, Filterung oder Umwandlung des von einer oder mehreren Lampen übertragenen Lichts, die alle zur Aufnahme, zur Fixierung und zum Schutz der Lampen notwendigen Teile und erforderlichenfalls Hilfselemente zusammen mit den Vorrichtungen zu ihrem Anschluss an die Stromquelle umfassen; dazu gehören Lampen, sofern diese nicht entfernt werden können, ohne dass die Einheit dauerhaft beschädigt wird.

Erfassung (nach § 3 Nr. 22 ElektroG) ist die Sammlung sowie die Rücknahme von Altgeräten.

Ortsfeste industrielle Großwerkzeuge (nach § 3 Nr. 16 ElektroG) sind eine groß angelegte Anordnung von industriellen Maschinen, Geräten oder Bauteilen mit einer gemeinsamen Funktion für eine bestimmte Anwendung, die

- a) von Fachpersonal dauerhaft an einem bestimmten Ort installiert und abgebaut wird und
- b) von Fachpersonal in einer industriellen Fertigungsanlage oder einer Forschungs- und Entwicklungsanlage eingesetzt und instand gehalten wird;

Ortsfeste Großanlagen (nach § 3 Nr. 17 ElektroG) sind eine groß angelegte Kombination von Geräten unterschiedlicher Art und gegebenenfalls weiterer Einrichtungen, die

- a) von Fachpersonal montiert, installiert und abgebaut werden,
- b) dazu bestimmt ist, auf Dauer als Teil eines Gebäudes oder Bauwerks an einem vorbestimmten und eigens dafür vorgesehenen Standort betrieben zu werden, und
- c) nur durch die gleichen, speziell konstruierten Geräte ersetzt werden können.

Bewegliche Maschinen (nach § 3 Nr. 18 ElektroG) sind Maschinen mit eigener Energieversorgung, die

- a) nicht für den Straßenverkehr bestimmt sind,
- b) ausschließlich bei einer beruflichen Tätigkeit genutzt werden und
- c) beim Betrieb entweder beweglich sein müssen oder kontinuierlich oder halbkontinuierlich zu verschiedenen festen Betriebsorten bewegt werden müssen.

4 Rechtliche Grundlagen

4.1 Richtlinie 2012/19/EU über Elektro- und Elektronik-Altgeräte

Die rechtliche Grundlage zur Rücknahme und Verwertung von Elektro- und Elektronik-Altgeräten besteht auf europäischer Ebene bereits seit dem Jahr 2003. Die Richtlinie 2002/96/EG wurde inzwischen durch die Richtlinie 2012/19/EU ersetzt, welche am 25.07.2012 in Kraft getreten ist.

Die EU-Richtlinie über Elektro- und Elektronik-Altgeräte legt insbesondere die nachfolgend beschriebenen für die Marktüberwachung relevanten Grundlagen für die Herstellung, den Vertrieb und die Verwendung von Elektro- und Elektronik-Geräten sowie die Entsorgung von Elektro- und Elektronik-Altgeräten fest.

- Produktkonzeption (Art. 4)
- Getrennte Sammlung (Art. 5 i. V. m. Anhang III)
- Beseitigung und Beförderung von gesammelten Elektro- und Elektronik-Altgeräten (Art. 6)
- Sammelquote (Art. 7)
- Ordnungsgemäße Behandlung (Art. 8 i. V. m. Anhängen VII und VIII)
- Genehmigungen (Art. 9)
- Verbringung von Elektro- und Elektronik-Altgeräten (Art. 10 i. m. V. Anhang VI)
- Zielvorgaben für die Verwertung (Art. 11 i. V. m. Anhang V)
- Finanzierung in Bezug auf Elektro- und Elektronik-Altgeräte aus privaten Haushalten (Art. 12)
- Finanzierung in Bezug auf Elektro- und Elektronik-Altgeräte anderer Nutzer als privater Haushalte (Art. 13)
- Informationen für die Nutzer (Art. 14 i. V. m. Anhang IX)
- Informationen für Behandlungsanlagen (Art. 15)
- Registrierungs-, Informations- und Berichtspflicht (Art. 16 i. V. m. Anhang X)
- Bevollmächtigter (Art. 17)

- Verwaltungszusammenarbeit und Informationsaustausch (Art. 18)
- Inspektion und Überwachung (Art. 23)

4.2 Richtlinie 2011/65/EU zur Beschränkung der Verwendung bestimmter gefährlicher Stoffe in Elektro- und Elektronikgeräten

Die Neufassung der Richtlinie 2011/65/EU trat am 24.06.2015 in Kraft. Sie regelt die Beschränkung bestimmter gefährlicher Stoffe in Elektro- und Elektronikgeräten. In den Anhängen III und IV werden Ausnahmen von den allgemeinen Stoffverboten festgeschrieben. Diese Richtlinie löst die Richtlinie 2002/95/EG ab, welche allerdings für die im Geltungszeitraum dieser Richtlinie in Verkehr gebrachten und noch in Gebrauch befindlichen Elektro- und Elektronikgeräte noch Gültigkeit besitzt. Im Einzelnen sind folgende Regelungen für die Marktüberwachung von Bedeutung:

- Vermeidung (Art. 4 i. V. m. Anhängen II, III und IV)
- Verpflichtungen der Hersteller (Art. 7 i. V. m. Anhang II)
- Verpflichtungen der Bevollmächtigten (Art. 8)
- Verpflichtungen der Importeure (Art. 9)
- Verpflichtungen der Vertreiber (Art. 10)
- Umstände, unter denen die Verpflichtungen der Hersteller auch für Importeure und Vertreiber gelten (Art. 11)
- Identifizierung der Wirtschaftsakteure (Art. 12)
- EU-Konformitätserklärung (Art. 13 i. V. m. Anhang VI)
- Allgemeine Grundsätze der CE-Kennzeichnung (Art. 14 i. V. m. Art. 30 Verordnung (EG) Nr. 765/2008)
- Vorschriften und Voraussetzungen für die Anbringung der CE-Kennzeichnung (Art. 15)
- Konformitätsvermutung (Art. 16)
- Marktüberwachung und Kontrolle von in den Unionsmarkt eingeführten Elektro- und Elektronikgeräten (Art. 18 i. V. m. Art. 15-29 Verordnung (EG) Nr. 765/2008)
- Sanktionen (Art. 23)

4.3 Gesetz über das Inverkehrbringen, die Rücknahme und die umweltverträgliche Entsorgung von Elektro- und Elektronikgeräten (Elektro- und Elektronikgerätegesetz - ElektroG)

Das Gesetz setzt die Vorgaben der Richtlinie 2012/19/EU in deutsches Recht um. Die Regelungen des Gesetzes, die für die Marktüberwachung von Bedeutung sind, sind in Tabelle 1 dargestellt.

Tabelle 1: Zu überwachende Regelungen des ElektroG sowie

Regelung ElektroG	Ordnungswidrig gemäß § 45 (1) ElektroG (bis zu 100.000 EUR Geldbuße gemäß § 45 (2)) handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig ...	Ordnungswidrig gemäß § 45 (1) ElektroG (bis zu 10.000 EUR Geldbuße gemäß § 45 (2)) handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig ...
Produktkonzeption (§ 4)		
Einrichten der Gemeinsamen Stelle (§ 5)		
Registrierung (§ 6)	– entgegen § 6 (1) Satz 1 sich nicht oder nicht rechtzeitig registrieren lässt (UBA Verwaltungsbehörde gemäß § 45 (3)),	

Regelung ElektroG	Ordnungswidrig gemäß § 45 (1) ElektroG (bis zu 100.000 EUR Geldbuße gemäß § 45 (2)) handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig ...	Ordnungswidrig gemäß § 45 (1) ElektroG (bis zu 10.000 EUR Geldbuße gemäß § 45 (2)) handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig ...
	<ul style="list-style-type: none"> – Entgegen § 6 (1) Satz 4 eine Mitteilung nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig macht (UBA Verwaltungsbehörde gemäß § 45 (3)) – entgegen § 6 (2) Satz 1 Elektro- und Elektronikgeräte in Verkehr bringt (UBA Verwaltungsbehörde gemäß § 45 (3)), – entgegen § 6 (2) Satz 2 Elektro- und Elektronikgeräte zum Verkauf anbietet (UBA Verwaltungsbehörde gemäß § 45 (3)), – entgegen § 6 (3) die Registrierungsnummer nicht ausweist (UBA Verwaltungsbehörde gemäß § 45 (3)) 	
Finanzierungs- garantie (§ 7)	– entgegen § 7 (4) die dort genannten Kosten ausweist	
Niederlas- sungspflicht, Beauftragung und Benennung eines Bevoll- mächtigten (§8)	<ul style="list-style-type: none"> – entgegen § 8 (3) Satz 1 oder (5) einen Bevollmächtigten nicht benennt (UBA Verwaltungsbehörde gemäß § 45 (3)) – Entgegen § 8 (3) Satz 4 eine Mitteilung nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig macht (UBA Verwaltungsbehörde gemäß § 45 (3)) 	
Kennzeichnung (§ 9)	– Entgegen § 9 Elektro- oder Elektronikgeräte nicht oder nicht richtig kennzeichnet	
Getrennte Er- fassung-(§ 10)		
Berechtigte für die Erfassung von Altgeräten aus privaten Haushalten (§ 12)		
Sammlung durch die öffent- lich-rechtlichen Entsorgungsträ- ger (§ 13)		
Bereitstellen der abzuholenden Altgeräte durch die öffentlich- rechtlichen Entsorgungsträ- ger (§ 14)		
Aufstellen von Behältnissen durch die Her- steller oder deren Bevoll- mächtigte (§ 15)		
Rücknahme- pflicht der Her- steller (§ 16)	Entgegen § 16 (2) jeweils in Verbindung mit § 22 (3) Satz 1 die dort genannten Daten nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig zur Verfügung stellt	<ul style="list-style-type: none"> – entgegen § 16 (1) Satz 1 dort genanntes Behältnis nicht oder nicht rechtzeitig abholt (UBA Verwaltungsbehörde gemäß § 45 (3)) – entgegen § 16 (2) ein Altgerät oder eines

Regelung ElektroG	Ordnungswidrig gemäß § 45 (1) ElektroG (bis zu 100.000 EUR Geldbuße gemäß § 45 (2)) handelt, wer vorsätzlich oder fahr- lässig ...	Ordnungswidrig gemäß § 45 (1) ElektroG (bis zu 10.000 EUR Geldbuße gemäß § 45 (2)) handelt, wer vorsätzlich oder fahrläs- sig ...
		seiner Bauteile nicht oder nicht richtig wie- derverwendet, nicht, nicht richtig oder nicht in der vorgeschriebenen Weise behandelt oder nicht, nicht richtig oder nicht in der vorgeschriebenen Weise entsorgt – entgegen § 16 (3) ein leeres Behältnis nicht oder nicht rechtzeitig aufstellt (UBA Verwal- tungsbehörde gemäß § 45 (3))
Rücknahme- pflicht der der Vertreiber (§ 17)	– Entgegen §17 (5) Satz 1 jeweils in Ver- bindung mit § 22 (3) Satz 1 die dort ge- nannten Daten nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig zur Ver- fügung stellt	– entgegen § 17 (5) Satz 1 ein Altgerät oder eines seiner Bauteile nicht oder nicht richtig wiederverwendet, nicht, nicht richtig oder nicht in der vorgeschriebenen Weise be- handelt oder nicht, nicht richtig oder nicht in der vorgeschriebenen Weise entsorgt
Informations- pflichten gegen- über den priva- ten Haushalten (§ 18)	–	–
Rücknahme durch den Her- steller (§ 19)	–	–
Behandlung und Beseitigung (§ 20)		
Zertifizierung (§ 21)		– Entgegen § 21 (1) ohne Zertifizierung eine Erstbehandlung durchführt
Verwertung (§ 22)		
Anforderung an die Verbringung (§ 23)		
Anzeigepflichten der öffentlich- rechtlichen Entsorgungsträ- ger, der Herstel- ler sowie deren Bevollmächtig- ter, der Vertrei- ber und der Betreiber von Erstbehand- lungsanlagen (§ 25)		
Mitteilungs- pflichten der öffentlich- rechtlichen Entsorgungsträ- ger (§ 26)		
Mitteilungs- pflichten der Hersteller (§ 27)		– entgegen § 27 (1) eine Mitteilung nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig macht (UBA Verwaltungsbehör- de gemäß § 45 (3))

Regelung ElektroG	Ordnungswidrig gemäß § 45 (1) ElektroG (bis zu 100.000 EUR Geldbuße gemäß § 45 (2)) handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig ...	Ordnungswidrig gemäß § 45 (1) ElektroG (bis zu 10.000 EUR Geldbuße gemäß § 45 (2)) handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig ...
Aufgaben der Gemeinsamen Stelle (§ 31)		
Mitteilungen der Gemeinsamen Stelle an das Umweltbundesamt, Landesbehörden und andere öffentliche Stellen (§ 32)		
Befugnisse der Gemeinsamen Stelle (§ 33)		
Rückgriffsanspruch der Gemeinsamen Stelle (§ 34)		
Beauftragung Dritter (§ 43)		

Bei Verstößen gegen Registrierungspflichten (§ 6 (1) Satz 1 und 4, (2) Satz 1 und 2 und (3)), Niederlassungspflicht, Beauftragung und Benennung eines Bevollmächtigten (§ 8 (3) Satz 1 oder 5), Rücknahmepflichten der Hersteller (§ 16 (1) Satz 1 oder (3)) und Mitteilungspflichten der Hersteller, der Vertreiber oder der entsorgungspflichtigen Besitzer nach § 19 (§ 27 (1), § 29 (1) oder § 30 (1)) ist das Umweltbundesamt Verwaltungsbehörde i. S. d. § 36 (1) Nr. 1 OWiG. In diesen Fällen fließen auch die in gerichtlichen Verfahren angeordneten Geldbußen und die Geldbeträge, deren Verfall gerichtlich angeordnet wurde, der Bundeskasse zu, die auch die der Staatskasse auferlegten Kosten trägt.

4.4 Verordnung zur Beschränkung der Verwendung gefährlicher Stoffe in Elektro- und Elektronikgeräten (Elektro- und Elektronikgeräte-Stoff-Verordnung – ElektroStoffV)

Diese Verordnung setzt die Vorgaben der Richtlinie 2011/65/EU in deutsches Recht um. Die Regelungen der Verordnung, die für die Marktüberwachung von Bedeutung sind, sind in Tabelle 2 dargestellt.

Tabelle 2: Zu überwachende Regelungen der ElektroStoffV sowie geltende OWi-Regelungen

Regelung ElektroStoffV	Ordnungswidrig gemäß § 69 (1) Nr. 8 KrWG (bis zu 100.000 EUR Geldbuße gemäß § 69 (3) KrWG) handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig ...	Ordnungswidrig gemäß § 39 (1) Nr. 7 Buchst. a ProdSG (bis zu 100.000 EUR Geldbuße gemäß § 39 (2) ProdSG) handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig ...
Voraussetzungen für das Inverkehrbringen (§ 3)	– entgegen § 3 (1) ein Elektro- oder Elektronikgerät in Verkehr bringt	– entgegen § 3 (2) Satz 1 Nr. 3 ein Elektro- und Elektronikgerät in Verkehr bringt
Allgemeine Pflichten des Herstel-		

Regelung ElektroStoffV	Ordnungswidrig gemäß § 69 (1) Nr. 8 KrWG (bis zu 100.000 EUR Geldbuße gemäß § 69 (3) KrWG) handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig ...	Ordnungswidrig gemäß § 39 (1) Nr. 7 Buchst. a ProdSG (bis zu 100.000 EUR Geldbuße gemäß § 39 (2) ProdSG) handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig ...
lers (§ 4)		
Besondere Kennzeichnungs- und Informationspflichten des Herstellers (§ 5)		<ul style="list-style-type: none"> – entgegen § 5 (1) Satz 1 nicht sicherstellt, dass ein Elektro- oder Elektronikgerät ein dort genanntes Kennzeichen trägt – entgegen § 5 (2) Satz 1 nicht sicherstellt, dass ein dort genanntes Kennzeichen entweder auf dem dort genannten Gerät, auf der Verpackung oder in den dort genannten Unterlagen angegeben ist – entgegen § 5 (3) Satz 1 eine dort genannte Information oder eine dort genannte Unterlage nicht, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig aushändigt oder nicht, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig zur Verfügung stellt
Ermächtigung eines Bevollmächtigten (§ 6)		
Verpflichtungen des Importeurs (§ 7)		<ul style="list-style-type: none"> – entgegen § 7 (5) nicht sicherstellt, dass ein dort genanntes Kennzeichen entweder auf dem dort genannten Gerät, auf der Verpackung oder in den dort genannten Unterlagen angegeben ist – entgegen § 7 (6) Satz 1 eine dort genannte Information oder eine dort genannte Unterlage nicht, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig aushändigt oder nicht, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig zur Verfügung stellt
Verpflichtungen des Vertreibers (§ 8)		<ul style="list-style-type: none"> – entgegen § 8 (3) Satz 1 eine dort genannte Information oder eine dort genannte Unterlage nicht, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig aushändigt oder nicht, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig zur Verfügung stellt
Umstände, unter denen die Verpflichtungen des Herstellers auch für den Importeur und den Vertreiber gelten (§ 9)		
Benennung der Wirtschaftsakteure (§ 10)		
EU-Konformitätserklärung (§ 11)		
CE-Kennzeichnung (§ 12)		
Konformitätsvermutung (§ 13)		

5 Überwachung

Die nachfolgenden Vorgaben ergeben sich aus den im Abschnitt 4 dargestellten rechtlichen Vorschriften und unterliegen der Notwendigkeit der Überwachung durch die zuständigen Behörden.

Das ElektroG und die ElektroStoffV legen folgende zu überwachende Anforderungen fest:

- Abfallvermeidung
- Stoffbeschränkungen
- Registrierungspflichten
- Niederlassungspflichten
- Kennzeichnungspflichten
- Vorgaben zur getrennten Sammlung
- Rücknahmepflichten
- Vorgaben zur Behandlung und Verwertung
- Zertifizierungspflichten
- Mitteilungs- und Informationspflichten

Diese Regelungen aus ElektroG und die ElektroStoffV richten sich an Hersteller, Bevollmächtigte, Importeure, öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger und Vertreiber von Elektro- und Elektronikgeräten. Gleichzeitig soll die Entsorgung von Elektro- und Elektronik-Altgeräten im Rahmen der Produktverantwortung von Herstellern und Händlern sichergestellt werden. D. h. auch Entsorger bzw. Anlagen, die Elektro- und Elektronik-Altgeräte behandeln und verwerten bzw. beseitigen werden auf die Einhaltung der Anforderungen aus dem ElektroG überwacht.

In den folgenden Abschnitten des Leitfadens werden die Pflichten, die sich für die Wirtschaftsakteure aus ElektroG und ElektroStoffV ergeben, näher erläutert. Die Pflichten der jeweiligen Wirtschaftsbeteiligten werden dabei soweit erforderlich nach diesen beiden Regelungen unterteilt.

5.1 Gemeinsame Stelle

Die von den Herstellern gemäß §35 ElektroG eingerichtete Gemeinsame Stelle ist die Stiftung Elektro-Altgeräte Register (Stiftung ear). Die Stiftung ear erfüllt die in § 31 ElektroG festgeschriebenen Aufgaben. Als einen Teil ihrer Aufgabe koordiniert sie die Altgeräte-Abholung bei den Rücknahmestellen der öRE. Jeder Hersteller bzw. nach § 8 ElektroG Bevollmächtigte ist gemäß § 27 (1) Nr. 1 verpflichtet der Stiftung ear monatlich bis zum 15. des Folgemonats die von ihm in Verkehr gebrachte Menge an Elektro- und Elektronikgeräten (b2c), aufgeschlüsselt nach Geräteart, zu melden. Die Stiftung ear erfasst die Mengen sämtlicher Hersteller. Ist bei einer Rücknahmestelle der Container einer Sammelgruppe voll, so informiert die Rücknahmestelle die Stiftung ear, dass dieser Behälter zur Abholung bereit steht. Die Stiftung ear ermittelt daraufhin anhand der ihr vorliegenden Daten den Hersteller, der bis zu diesem Zeitpunkt die meisten Geräte der entsprechenden Sammelgruppe in Verkehr gebracht hat. Der Hersteller bekommt die Abholanordnung durch die Stiftung ear zugesandt und hat die ordnungsgemäße Entsorgung des an der Rücknahmestelle bereitgestellten Containers zu organisieren. Jährlich meldet der Hersteller der Stiftung ear die von ihm je Sammelgruppe bei den öRE abgeholten Altgeräte. Diese Menge wird von der Stiftung ear mit der monatlich gemeldeten Menge der in Verkehr gebrachten Geräte verrechnet.

Zudem wurde die Stiftung ear gemäß § 40 ElektroG mit Beleihungsbescheid vom 24.10.2015 durch das UBA als zuständiger Behörde mit den hoheitlichen Aufgaben nach § 15 (4) Satz 1 und den §§ 37 bis 39, einschließlich der Vollstreckung, der Rücknahme und dem Widerruf der hierzu ergehenden Verwaltungsakte, beliehen. Die Stiftung ear hat außerdem die Befugnis, zur Erfüllung der oben genannten Aufgaben Gebühren und Auslagen nach dem Bun-

desgebührengesetz zu erheben und festzulegen (gemäß 3. Beleihungsbescheid Stiftung ear vom 24.10.2015).

Die Kontrolle der Stiftung ear obliegt dem Umweltbundesamt (UBA).

Das Zusammenwirken von UBA, Herstellern und der Stiftung ear zur Umsetzung des ElektroG zeigt Abbildung 1.

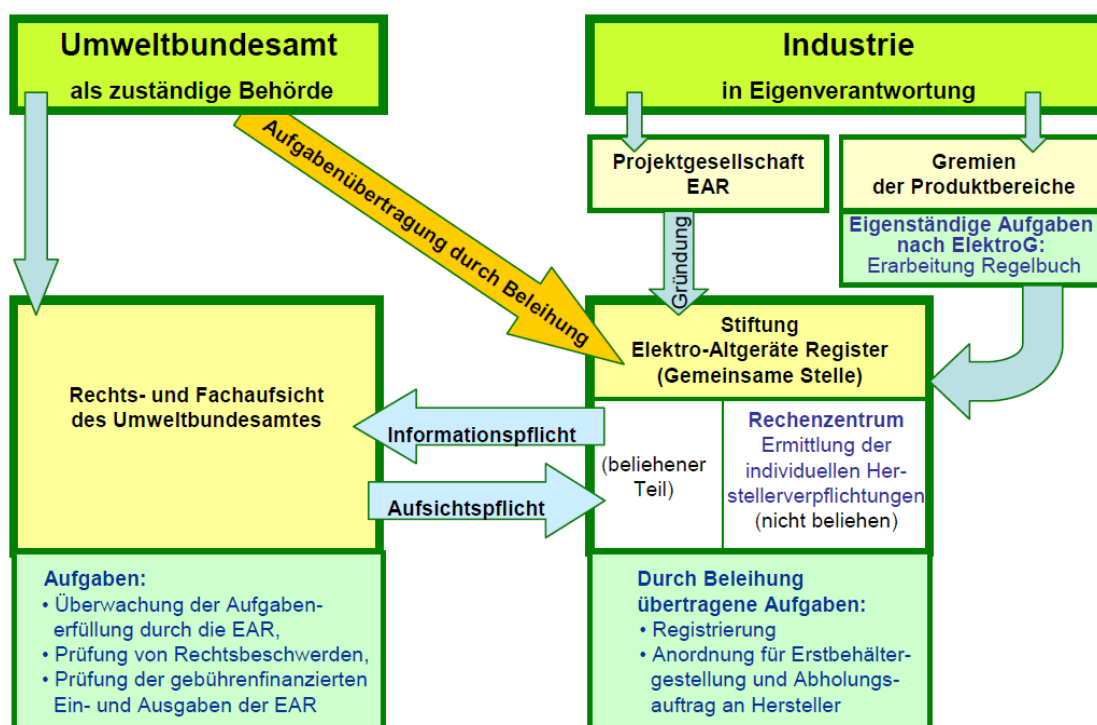


Abbildung 1: Zusammenwirken UBA, Herstellern und der Stiftung ear zur Umsetzung des ElektroG [UBA²] (Hinweis: Schema nach ElektroG vom 16.03.2005)

5.2 Pflichten der Hersteller

Nachfolgend werden die Herstellerpflichten, welche sich aus ElektroG und ElektroStoffV ergeben, erläutert.

5.2.1 Pflichten gemäß ElektroG

5.2.1.1 Registrierungspflicht

Jeder Hersteller, bei Herstellern, die keine Niederlassung im Geltungsbereich des ElektroG haben, dessen Bevollmächtigter gemäß § 8 ElektroG, hat sich gemäß § 6 (1) ElektroG vor dem Inverkehrbringen eines Elektro- oder Elektronikgeräts mit der Geräteart und Marke registrieren zu lassen. Der Antrag³ ist bei der Stiftung ear einzureichen, welche vom UBA mit

² http://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/378/dokumente/abfall-ressourcen_produkterantwortung_elektrog_schaubild_zusammenwirken-akteure.pdf

³ Registrierung auf Antrag mit der Marke, der Firma, dem Ort der Niederlassung oder dem Sitz, der Anschrift, dem Namen des Vertretungsberechtigten sowie der Geräteart (gemäß § 37 (1) Satz 1 ElektroG)

der Befugnis zur Erteilung der Registrierungsnummern gemäß § 40 (1) i. V. m. § 37 (1) ElektroG beliehen ist. Daraufhin wird eine Registrierungsnummer erteilt, welche der Hersteller beim Anbieten und auf Rechnungen anzugeben hat.

Voraussetzung der Registrierung für Hersteller von b2c-Geräten ist die Vorlage einer insolvenz-sicheren Garantie für die Finanzierung der Rücknahme und Entsorgung seiner Elektro- und Elektronikgeräte (§ 7 (1) ElektroG). Wird diese Garantie nicht vorgelegt, kann die Stiftung ear die Registrierung widerrufen (gemäß § 37 (5) Nr. 1 i. V. m. § 40 (1) ElektroG), bzw darf die Registrierung nur dann erfolgen, wenn eine Garantie nach § 7 ElektroG vorgelegt wurde (gemäß § 37 (1) i. V. m. § 40 (1) ElektroG).

Die registrierten Hersteller sind in einer Datenbank erfasst, welche auf den Internetseiten der Stiftung ear unter <https://www.ear-system.de/ear-verzeichnis/hersteller> abrufbar ist. Dort kann nach

- Herstellernamen
 - Registrierungsnummer (WEEE⁴-Reg.-Nr. DE)
 - Marke
 - Kategorie
 - Geräteart
- gefiltert werden.

Die Überwachung der Registrierungspflicht kann durch eine entsprechende Recherche nach dem zu kontrollierenden Hersteller in der Datenbank erfolgen. Ist der Hersteller nicht registriert, ist eine Meldung an das UBA abzugeben, welches als zuständige Behörde die weitere Überprüfung übernimmt.

Hinweis: Meldung an UBA über LVwA.

5.2.1.2 Produktkonzeption

Folgende Anforderungen sind gemäß § 4 ElektroG bei der Konzeption von Elektro- und Elektronikgeräten zu beachten:

- Berücksichtigung und Erleichterung von Demontage, Wiederverwendung und Verwertung
- Sicherstellung der problemlosen Entnehmbarkeit von Batterien und Akkumulatoren; sollte dies nicht problemlos durch den Endbenutzer möglich sein, so sind die Elektro- und Elektronikgeräte so zu gestalten, dass Batterien und Akkumulatoren problemlos durch vom Hersteller unabhängiges Fachpersonal entnommen werden können
- keine Verhinderung der Wiederverwendbarkeit durch konstruktive Merkmale

Hinweise zur Bewertung liefern insbesondere die Abschnitte 3 und 6 der LAGA M31 (2009). Hier werden insbesondere wirtschaftliche und technische Aspekte der Wiederverwendung von Elektro- und Elektronikgeräten erläutert.

5.2.1.3 Kennzeichnungspflichten

Gemäß § 9 ElektroG sind Elektro- und Elektronikgeräte in folgender Weise zu kennzeichnen:

- Identität des Herstellers: Durch die Kennzeichnung muss der Hersteller eindeutig identifizierbar sein (vgl. dazu auch § 5 (2) ElektroStoffV).

⁴ WEEE: Waste of Electric and Electronical Equipment

- Zeitpunkt des Inverkehrbringens (gilt nur für Geräte, die nach dem 13.08.2005 in Verkehr gebracht wurden): Durch die Kennzeichnung muss feststellbar sein, dass das Gerät erst nach dem 13.08.2005 erstmals auf dem europäischen Markt in Verkehr gebracht wurde.⁵
- Symbol der durchgestrichenen Mülltonne: § 9 (2) ElektroG sieht vor, dass Elektro- und Elektronikgeräte mit dem Symbol der durchgestrichenen Mülltonne zu kennzeichnen sind, sofern eine Garantie nach § 7 (1) erforderlich ist.



Abbildung 2: Symbol „Durchgestrichene Mülltonne“ mit Kennzeichnung (ausgefüllter Balken nach DIN EN 50419), dass das Gerät nach dem 13.08.2005 erstmals in Verkehr gebracht wurde

Falls ein Anbringen des Symbols auf dem Gerät nicht möglich ist (auf Grund der Funktion oder Größe des Geräts), ist es mindestens auf der Verpackung oder den beiliegenden Unterlagen (Gebrauchsanweisung oder Garantieschein) anzubringen.

Die Kontrolle erfolgt durch Inaugenscheinnahme des Elektro- bzw. Elektronikgerätes sowie seiner Verpackung und der beiliegenden Unterlagen.

5.2.1.4 Rücknahmepflichten

Die Hersteller statten gemäß § 15 ElektroG die Abholstellen der öRE unentgeltlich mit geeigneten Behältnissen aus, an welche folgende Anforderungen zu stellen sind:

- Sie müssen vom Hersteller abgedeckt werden (gemäß § 15 (1)).
- Sie müssen für die Aufnahme durch herkömmliche Abholfahrzeuge geeignet sein (Ausnahmen: Gruppe 4 (Lampen) und Gruppe 6 (Photovoltaikmodule)) (gemäß § 15 (2)).
- Die Behältnisse müssen so beschaffen sein, dass die dort enthaltenen Altgeräte bruch-sicher gesammelt werden können (gemäß § 15 (3)).

Mit der Überprüfung der ausreichenden Anzahl an bereitgestellten Behältnissen pro Abholstelle und dem Erlass entsprechender Anordnungen hat das Umweltbundesamt als zuständige Behörde die Stiftung ear beliehen. Werden Abweichungen festgestellt, sind diese der Stiftung ear zu melden. Die Eignung der bereitgestellten Behälter ist durch die zuständige

⁵ Gemäß Art. 15 (2) RL 2012/19/EU hat die Kennzeichnung auf folgende Weise zu erfolgen (DIN EN 50419):

- durch das Datum der Herstellung/Inverkehrbringung in unverschlüsselterm Text,
- durch das Datum der Herstellung/Inverkehrbringung in verschlüsselterm Text, der den Behandlungsanlagen (die die Altgeräte nach den Vorgaben des ElektroG behandeln) bekannt ist oder
- durch eine Kennzeichnung mit einem ausgefüllten Balken unter dem Symbol der durchgestrichenen Abfalltonne. Laut DIN EN 50419 hat dabei die Höhe des Balkens mindestens 1 mm zu sein. Zudem darf der Balken nur in Verbindung mit der durchgestrichenen Abfalltonne genutzt werden und darf weder Text noch sonstige Informationen enthalten.

Behörde (den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger gemäß § 15 (1) Satz 3) durch Inaugenscheinnahme zu prüfen.⁶

Gemäß § 16 (1) ElektroG haben die Hersteller oder deren Bevollmächtigte nach § 8 ElektroG die durch die öRE bereit gestellten, befüllten Behälter nach ergangener Zuweisung der Stiftung ear unverzüglich (derzeit spätestens am dritten Tag nach Versendung der Abholanordnung), spätestens jedoch mit Ablauf der Nachfrist (bis zum Ablauf des folgenden Werktages) selbst oder durch nach § 43 ElektroG beauftragte Dritte abzuholen. Gemeinsam mit der Abholanordnung ergeht eine Bereitstellungsanordnung nach welcher die Hersteller entsprechend leere Behälter wieder aufzustellen haben. Der Hersteller sollte dann umgehend die tatsächlich abgeholte Altgerätemenge unter Nennung des Abholcodes, Nettogewichts, Wiegescheinnummer und Kfz-Kennzeichens des abholenden Transporteurs im ear-System melden.

Ist der Hersteller diesen Verpflichtungen nachgekommen, sendet der öRE eine Abholbestätigung an die Stiftung ear, wodurch eine Kontrolle erfolgt. Wird die Frist zur Abholung nicht eingehalten, hat die Stiftung ear die Möglichkeit, die Abholung anzumahnen. Praxis ist, dass die Mahnungen direkt durch die öRE ausgesprochen und an die Stiftung ear übermittelt werden. Zusätzlich werden die angemahnten Abholungen von der Stiftung ear als mutmaßliche Ordnungswidrigkeiten angezeigt und durch das UBA als zuständige Behörde nach pflichtgemäßem Ermessen verfolgt. Um die Hersteller zur Abholung bereitgestellter Sammelbehälter anzuhalten, besteht die Möglichkeit der Verhängung eines Bußgeldes durch das hierfür zuständige UBA.

Des Weiteren haben die Hersteller gemäß § 19 (1) für Altgeräte anderer Nutzer als privater Haushalte (b2b-Geräte) und für Altgeräte, die in Beschaffenheit und Mengen nicht mit den üblicherweise in privaten Haushalten anfallenden Altgeräten vergleichbar sind eine zumutbare Möglichkeit zur Rückgabe zu schaffen und die Altgeräte zu entsorgen. Abweichende Regelungen zwischen Hersteller und Erwerber bzw. Besitzer können vertraglich vereinbart werden.

Darüber hinaus haben die Hersteller gemäß § 16 (5) die Möglichkeit, auf freiwilliger Basis individuelle oder kollektive Rücknahmesysteme für die unentgeltliche Rückgabe von Altgeräten aus privaten Haushalten einzurichten und zu betreiben.⁷

Sämtliche zurückgenommenen Elektro- und Elektronik-Altgeräte sind entsprechend der Vorgaben des ElektroG wiederzuverwenden, zu behandeln oder zu entsorgen. Der Abschnitt 5.6 dieses Leitfadens ist entsprechend zu beachten.

Die Kontrolle dieser Pflichten erfolgt durch die Einsichtnahme in die Mengenmeldungen der beauftragten Erstbehandlungsanlagen nach § 21 (2), (3) bzw. § 22 (3) ElektroG sowie die Verträge mit beauftragten Dritten gemäß § 43 ElektroG oder, im Falle abweichender Vereinbarungen, in die AGB des Herstellers bzw. Kaufverträge zwischen Hersteller und Nutzer.

Hinweis:

Hat der Hersteller einen Dritten mit Pflichten beauftragt (Bevollmächtigter i. S. d. § 3 Nr. 10 ElektroG) hat er diesen gemäß § 8 (3) ElektroG der zuständigen Behörde unverzüglich zu benennen. Die Benennung muss durch die zuständige bestätigt werden.

Auf der Grundlage des KrWG § 47 kann die Behörde den Nachweis der Existenz der Verträge verlangen (z. B. Vorlage der relevanten Dokumente, wer beauftragt wen, was wird beauftragt?)

⁶ Eine Auflistung geeigneter Behälter findet sich in Tabelle 4.3-1 der LAGA M31 (2009) (S. 25)

⁷ bspw. Rücknahmesystem für LED- und Gasentladungslampen der Lightcycle Retourlogistik und Service GmbH

Weitere Details aus diesen Verträgen sind für die Behörde nicht relevant (z. B. Ausgestaltung der Verträge).

Nachweispflichten

Gemäß § 2 Absatz 3 Satz 4 ElektroG entfallen die Nachweispflichten (Entsorgungsnachweise, Begleitscheine) bei der Überlassung von Elektroaltgeräten als gefährlichen Abfällen an Einrichtungen zur Erfassung und Erstbehandlung von Altgeräten. Mit Einrichtungen zur Erstbehandlung von Altgeräten sind **Erstbehandlungsanlagen (EBA)** im Sinne des ElektroG gemeint. Die Nachweispflichten gelten somit erst ab dem Transport von Altgeräten oder Teilen von Altgeräten als gefährlichen Abfällen ab einer EBA im Sinne des ElektroG zu weiteren Entsorgungsanlagen.

5.2.1.5 Verwertungsquoten

§ 22 (1) ElektroG legt Verwertungsquoten für die einzelnen Gerätekategorien fest, die durch die Hersteller einzuhalten sind. Die zum Nachweis der Einhaltung dieser Quoten erforderlichen Informationen zu den Mengenströmen im Rahmen der Behandlung und Verwertung erheben die Hersteller gemäß § 22 (3) von den Erstbehandlungsanlagen, welche zur Meldung der Daten verpflichtet sind. Exportierte Mengen an Elektro- und Elektronik-Altgeräten dürfen zur Quotenberechnung nur herangezogen werden, wenn gemäß § 22 (4) ElektroG die Ausfuhr entsprechend § 20 (3) ElektroG erfolgt und der Exporteur bewiesen hat, dass die Behandlung unter Bedingungen erfolgt ist, die den Anforderungen nach § 20 ElektroG gleichwertig ist.

Die Verwertungsquoten werden einerseits durch die Stiftung ear auf Basis der Herstellerangaben gemäß § 27 (1) ElektroG als auch durch das Statistische Bundesamt (Befragung der Erstbehandlungsanlagen durch die Statistischen Landesämter) ermittelt. Beide berichten an das UBA. Die Überwachungspflicht liegt für diese Pflichten auf Bundesebene.

5.2.1.6 Mitteilungs- und Informationspflichten

Hersteller haben die privaten Haushalte gemäß § 18 (2) ElektroG zu informieren über:

- die Verpflichtung der Besitzer, Elektro- und Elektronik-Altgeräte einer vom unsortierten Siedlungsabfall getrennten Erfassung zuzuführen,
- Ihre Pflicht, Altbatterien und Akkumulatoren, die nicht vom Altgerät umschlossen sind, vor der Abgabe an einer Erfassungsstelle von diesem zu trennen (Ausnahme: die Altgeräte werden gemäß § 14 (5) Satz 2 und 3 separiert um sie zur Wiederverwendung vorzubereiten),
- die durch sie zur Verfügung gestellten Möglichkeiten der Rückgabe oder Sammlung von Altgeräten, sowie über die Möglichkeiten der Abgabe von Geräten zur Wiederverwendung,
- die Eigenverantwortung der Endnutzer im Hinblick auf das Löschen personenbezogener Daten auf den zu entsorgenden Altgeräten,
- die Bedeutung des Symbols nach Anlage 3 ElektroG.

Die Einhaltung dieser Informationspflicht kann durch Herstellerbefragung überprüft werden.

Gemäß § 27 (1) ElektroG hat jeder Hersteller unter Angabe seiner Registrierungsnummer und des Berichtszeitraumes der Stiftung ear die zur Berechnung der Verwertungsquoten erforderlichen Daten mitzuteilen.

Dies betrifft Angaben zu den in Verkehr gebrachten Geräten, nach § 16 (5) ElektroG zurückgenommenen Altgeräten und den ins Ausland verbrachten Altgeräten, die zuvor vom Hersteller in Verkehr gebracht wurden (monatliche Meldung, bis zum 15. des Folgemonats).

Unverzüglich nach jeder Abholung, sind Angaben zu den bei den öRE abgeholten Altgeräten zu machen, außerdem jährlich bis zum 30. April des Folgejahres Angaben über die zur Wiederverwendung vorbereiteten, recycelten, verwerteten, beseitigten oder zur Behandlung in Drittländern ausgeführten Altgeräte.

Die Erfüllung dieser Anforderungen wird durch die Stiftung ear kontrolliert.

Die Hersteller haben innerhalb eines Jahres nach Inverkehrbringen den Wiederverwendungseinrichtungen und den Anlagen zur Verwertung gemäß § 28 (1) ElektroG Informationen zur Zusammensetzung und Demontage von Elektro- und Elektronikgeräten zur Verfügung zu stellen, soweit dies zur Erfüllung der Vorgaben des ElektroG erforderlich ist. Die Bereitstellung kann in Form von Handbüchern oder auf elektronischem Wege erfolgen.

Die Überwachung dieser Anforderung kann im Rahmen der Herstellerbefragung sowie der Befragung von Wiederverwendungseinrichtungen und (Erst-)Behandlungsbetrieben erfolgen.

Geräten, die Batterien oder Akkumulatoren enthalten, sind gemäß § 28 (2) ElektroG Informationen über Batterietyp, chemisches System und die sichere Entnahme der Batterie beizulegen, damit die Erstbehandlungsbetriebe ihrer Verpflichtung aus § 12 (1) BattG zur Entnahme und Bereitstellung der Batterien für die Rücknahme durch die Stiftung GRS Batterien oder ein herstellereigenes Rücknahmesystem für Gerätebatterien nachkommen zu können.

Die Erfüllung dieser Verpflichtung erfolgt durch Inaugenscheinnahme des Elektro- oder Elektronikgerätes oder seiner Verpackung.

5.2.2 Pflichten gemäß ElektroStoffV

5.2.2.1 Stoffbeschränkungen

Im § 3 (1) ElektroStoffV sind Stoffhöchstkonzentrationen geregelt. Danach ist das Inverkehrbringen von Elektro- und Elektronikgeräten (einschließlich Kabel und Ersatzteile) untersagt, welche folgende Stoffgehalte bezogen auf den homogenen Werkstoff überschreiten:

- | | |
|---|-------------|
| – Blei, Quecksilber, Chrom VI, Polybromiertes Biphenyl (PBB), Polybromierte Diphenylether (PBDE), Di(2-ethylhexyl)phthalat (DEHP), Butylbenzylphthalat (BBP), Dibutylphthalat (DBP) oder Diisobutylphthalat (DIBP) ⁸ jeweils | 0,1 Gew.-% |
| – Cadmium | 0,01 Gew.-% |

Dabei gelten gemäß § 3 (3) ElektroStoffV die in den Anhängen III und IV der Richtlinie 2011/65/EU formulierten Ausnahmen (Hinweis: hier haben sich in der Neufassung der Richtlinie Änderungen ergeben).

Die Kontrolle dieser Anforderungen erfolgt durch Einsichtnahme in die im Abschnitt 5.2.2.2 beschriebenen Dokumente. Im Zweifelsfall sind analytische Untersuchungen zu veranlassen.

⁸ Die Stoffliste in Anhang II wurde um vier Stoffe erweitert. Der Anhang benennt für diese vier Stoffe außerdem für unterschiedliche Gerätekategorien unterschiedliche Übergangszeiträume.

5.2.2.2 Prüf-, Kontroll- und Dokumentationspflichten

Die Einhaltung der für die Verkehrsverbote geltenden Grenzwerte ist gemäß § 3 (2) Satz 1 Nr. 2 ElektroStoffV durch eine interne Fertigungskontrolle (Konformitätsbewertungsverfahren) nachzuweisen, welche die Anforderungen des Moduls A in Anhang II des Beschlusses Nr. 768/2008/EG⁹ erfüllt. Die interne Fertigungskontrolle hat ebenfalls nachzuweisen, dass die Voraussetzungen für eine der o. g. Ausnahmen von diesen Grenzwerten erfüllt werden. Mit der Ausstellung einer EU-Konformitätserklärung gemäß § 11 ElektroStoffV i. V. m. Anhang VI der Richtlinie 2011/65/EU bestätigt der Hersteller die Einhaltung der Stoffverbote und die Durchführung des Konformitätsbewertungsverfahrens. Die Konformitätserklärung ist gemäß § 11 (2) ElektroStoffV in Deutsch oder Englisch vorzulegen und auf Verlangen der zuständigen Behörde ins Deutsche zu übersetzen. Die Konformität ist über den gesamten Herstellungszeitraum der Geräteserie auch in Fällen von Produktänderungen sicherzustellen. Daneben sind auch die Änderungen der harmonisierten Normen oder der technischen Spezifikationen, auf die bei der Erklärung der Konformität mit den Anforderungen des § 3 Absatz 1 verwiesen wird, zu berücksichtigen.

Im Zuge der Konformitätsbewertung sind technische Unterlagen zu erstellen, welche vollständige Auskunft über die Einhaltung der spezifischen Vorgaben der ElektroStoffV geben. Es sind darunter diejenigen zu verstehen, die nach Anhang II des Beschlusses Nr. 768/2008/EG zu erstellen sind. Anhand dieser Unterlagen muss es möglich sein, die Übereinstimmung des Produkts mit den betreffenden Anforderungen zu bewerten. Sie müssen eine nach Maßgabe der Rechtsvorschrift ausgeführte geeignete Risikoanalyse und -bewertung enthalten. In den technischen Unterlagen sind die geltenden Anforderungen aufzuführen und der Entwurf, die Herstellung und der Betrieb des Produkts zu erfassen, soweit sie für die Bewertung von Belang sind. Die technischen Unterlagen enthalten zumindest folgende Elemente:

- eine allgemeine Beschreibung des Produkts,
- Entwürfe, Fertigungszeichnungen und -pläne von Bauteilen, Baugruppen, Schaltkreisen usw.,
- Beschreibungen und Erläuterungen, die zum Verständnis dieser Zeichnungen und Pläne sowie der Funktionsweise des Produkts erforderlich sind,
- eine Aufstellung, welche harmonisierten Normen und/oder anderen einschlägigen technischen Spezifikationen der EU angewandt worden sind,
- Beschreibung, wie die wesentlichen Anforderungen der Normen oder Spezifikationen umgesetzt wurden, wenn diese nicht angewandt wurden,
- Angabe der teilweise angewendeten harmonisierten Normen in den technischen Unterlagen,
- die Ergebnisse der Konstruktionsberechnungen, Prüfungen usw.,
- Prüfberichte.

Die Aufbewahrungsfrist für die Konformitätserklärung und die technischen Unterlagen beträgt 10 Jahre ab dem Inverkehrbringen des letzten Stücks einer Elektro- oder Elektronikgeräteserie.

Die Konformitätserklärung als auch die technischen Unterlagen müssen beim Hersteller eines Elektronikgerätes vorliegen.

In der Vollzugspraxis kann die Plausibilität der vorgelegten Konformitätserklärung, insbesondere die Einhaltung der Stoffbeschränkungen, durch Einsichtnahme in die technischen Unterlagen einzelner Baugruppen, Bauteile oder Komponenten stichprobenhaft geprüft werden.

⁹ Beschluss Nr. 768/2008/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juli 2008 über einen gemeinsamen Rechtsrahmen für die Vermarktung von Produkten und zur Aufhebung des Beschlusses 93/465/EWG des Rates (Amtsblatt der Europäischen Union L 218/82 vom 13.08.2008)

Besteht Grund zu der Annahme, dass ein Gerät nicht den Anforderungen des § 3 ElektroStoffV entspricht, hat der Hersteller gemäß § 4 (5) ElektroStoffV alle Maßnahmen zu ergreifen, um die Konformität herzustellen. Hierzu gehören u. a. die Identifikation der betroffenen Serie oder Charge, die Analyse und Behebung der Ursachen für die Nicht-Konformität sowie ggf. ein Stopp des Inverkehrbringens bzw. das Zurückrufen oder vom Markt nehmen des Elektro- oder Elektronikgeräts. Sofern dieses nicht möglich ist, sind die Geräte vom Markt zu nehmen oder zurückzurufen. In Abstimmung mit den Marktüberwachungsbehörden können auch alternative Maßnahmen ergriffen werden.

Die Kontrolle erfolgt durch Einsichtnahme in die technischen Unterlagen zur EU-Konformitätsbewertung sowie die EU-Konformitätserklärung.

5.2.2.3 Kennzeichnungspflichten

Gemäß § 5 (1 u. 2) ElektroStoffV besteht die Verpflichtung, folgende Kennzeichnungen auf dem Elektro- oder Elektronikgerät anzubringen:

- Typen-, Chargen- oder Seriennummer oder ein anderes entsprechendes Kennzeichen sowie
- Name, eingetragene Firma oder eingetragene Marke und Anschrift einschließlich einer zentralen Stelle, unter der der Hersteller kontaktiert werden kann.

Durch diese Kennzeichnung des Geräts oder falls das nicht möglich ist auf durch Kennzeichnung auf der Verpackung/ beigefügten Unterlagen soll sichergestellt werden, dass für den Fall der Nicht-Konformität eine Identifikation sämtlicher betroffener Geräte möglich ist und für die Geräte dieser Serie zielgerichtet Maßnahmen ergriffen werden können und eine leichte Kontaktaufnahme sowohl für Behörden als auch Verbraucher möglich ist.

Darüber hinaus sind Elektro- und Elektronikgeräte durch den Hersteller gemäß § 12 ElektroStoffV mit dem CE-Kennzeichen gemäß Art. 30 der Verordnung (EG) Nr. 765/2008 zu kennzeichnen. Aufgrund der CE-Kennzeichnung können Marktüberwachungsbehörden gemäß § 13 (1) ElektroStoffV davon ausgehen, dass ein Elektro- oder Elektronikgerät die Anforderungen nach § 3 (1), (2) Satz 1 Nr. 1, 2 und 3 und Satz 2 ElektroStoffV erfüllt.



Abbildung 3: CE-Kennzeichen

Die Kontrolle erfolgt durch Inaugenscheinnahme des Elektro- bzw. Elektronikgerätes sowie seiner Verpackung und der beiliegenden Unterlagen.

5.2.2.4 Mitteilungs- und Informationspflichten

Über nichtkonforme Elektro- und Elektronikgeräte sowie über diesbezügliche Rückrufe und Rücknahmen hat der Hersteller gemäß § 5 (4) ElektroStoffV ein Verzeichnis zu führen und seine Vertreiber in regelmäßigen Abständen über die gelisteten Geräte zu informieren. Im Zusammenhang mit der Feststellung nicht konformer Geräte muss die zuständige Behörde informiert werden (§ 4 (5) ElektroStoffV).

Die Kontrolle erfolgt durch Einsichtnahme in das Verzeichnis nicht konformer Elektro- und Elektronikgeräte.

Gemäß § 10 ElektroStoffV ist der Hersteller verpflichtet, der zuständigen Behörde auf Verlangen die Wirtschaftsakteure zu benennen, an die er ein Elektro- oder Elektronikgerät abgegeben hat. Diese Information hat er über einen Zeitraum von zehn Jahren ab dem Inverkehrbringen bereitzuhalten. Diese Informationen dienen der Rückverfolgbarkeit von Geräten durch die zuständigen Behörden über die gesamte Lieferkette.

Die Kontrolle erfolgt durch Einsichtnahme in die entsprechenden Liefersdokumente.

Der Hersteller ist gemäß § 5 (3) ElektroStoffV verpflichtet, der zuständigen Behörde auf deren begründetes Verlangen hin sämtliche Informationen und Unterlagen zur Verfügung zu stellen, die geeignet sind die Konformität eines Gerätes nachzuweisen. Die Informationen sind dabei in deutscher oder englischer Sprache vorzulegen. Des Weiteren ist er gegenüber der Behörde zur Unterstützung verpflichtet. Zu den erforderlichen Maßnahmen, bei denen die Hersteller zur Kooperation verpflichtet sind, gehören u. a. die Identifikation der betroffenen Serie oder Charge, die Analyse der Ursachen für die Nicht-Konformität sowie ggf. eine entsprechende Umstellung der Produktion.

5.2.2.5 Ermächtigung eines Bevollmächtigten

Jeder Hersteller kann gemäß § 6 ElektroStoffV zur Wahrnehmung bestimmter Aufgaben schriftlich einen Bevollmächtigten bestellen. Dies ist insbesondere sinnvoll, wenn der Hersteller im Ausland sitzt. Dann fungiert der Bevollmächtigte als Ansprechpartner für die nationalen Behörden. Der Hersteller muss dem Bevollmächtigten gestatten, mindestens

- die technischen Unterlagen sowie die EU-Konformitätserklärung über einen Zeitraum von 10 Jahren bereitzuhalten,
- der zuständigen Behörde alle ihm erforderlichen Unterlagen zum Nachweis der Konformität auszuhändigen und
- mit der Behörde bei allen erforderlichen Maßnahmen zu kooperieren.

Nicht an den Bevollmächtigten übertragen werden können

- die Sicherstellung der Einhaltung der Stoffbeschränkungen,
- die Erstellung der technischen Unterlagen.

Der Bevollmächtigte ist kein Bevollmächtigter im Sinne der verfahrensrechtlichen oder zivilrechtlichen Regelungen. Der Bevollmächtigte muss die ihm übertragenen Aufgaben gegenüber der zuständigen Behörde wahrnehmen.

Ist ein Bevollmächtigter bestellt, ist die schriftliche Bestellung des Herstellers zu prüfen.

5.3 Pflichten der Importeure

Gemäß Herstellerdefinition des ElektroG (s. Abschnitt 3) haben die Importeure die Herstellerpflichten des ElektroG zu erfüllen (s. Abschnitt 5.2).

Nach ElektroStoffV ist zwischen Herstellern und Importeuren zu unterscheiden. Bringen Importeure Elektro- oder Elektronikgeräte

- unter ihrem eigenen Namen oder ihrer eigenen Marke in Verkehr oder

- verändern diese bereits auf dem Markt befindliche Geräte so, dass die Einhaltung der geltenden Anforderungen beeinträchtigt werden kann, gelten sie gemäß § 9 ElektroStoffV als Hersteller und unterliegen damit sämtlichen Herstellerverpflichtungen gemäß §§ 4, 5 und 11 ElektroStoffV (s. Abschnitt 5.2).

5.3.1 Prüf- und Dokumentationspflichten

Der Importeur muss sich gemäß § 7 (1) ElektroStoffV vor dem Inverkehrbringen eines Elektro- und Elektronikgerätes davon überzeugen, dass der Hersteller durch ein Verfahren nach § 3 (2) Satz 1 Nr. 2 oder Satz 2 ElektroStoffV, die Anforderungen nach § 3 (1) ElektroStoffV erfüllt. Insbesondere hat der Importeur zu überprüfen, ob

1. der Hersteller die technischen Unterlagen nach § 3 (2) Satz 1 Nr. 1 ElektroStoffV erstellt hat,
2. das Elektro- oder Elektronikgerät mit der CE-Kennzeichnung nach § 12 ElektroStoffV versehen ist,
3. der Hersteller das Elektro- oder Elektronikgerät nach § 5 (1) und (2) ElektroStoffV gekennzeichnet hat.

Besteht Grund zur Annahme, dass das Gerät diese Anforderungen nicht erfüllt, darf es nicht in Verkehr gebracht werden und der Importeur hat die zuständigen Behörden und den Hersteller zu informieren.

Besteht Grund zu der Annahme, dass ein Gerät nicht den Anforderungen des § 3 ElektroStoffV entspricht, hat der Importeur gemäß § 7 (2) ElektroStoffV alle Maßnahmen zu ergreifen, um die Konformität herzustellen. Hierzu gehören u. a. die Identifikation der betroffenen Serie oder Charge, die Analyse der Ursachen für die Nicht-Konformität sowie ggf. ein Stopp des Inverkehrbringens. Die Herstellung der Konformität wird dabei allerdings regelmäßig dem Hersteller obliegen, da dieser verpflichtet ist, Geräte entsprechend der geltenden Anforderungen zu entwerfen und herzustellen. Sofern dieses nicht möglich ist, sind die Geräte vom Markt zu nehmen oder zurückzurufen. In Abstimmung mit den Marktüberwachungsbehörden können auch alternative Maßnahmen ergriffen werden.

Die Überprüfung erfolgt durch die Einsichtnahme in die Kopien der entsprechenden Unterlagen nach § 7 (1) Nr. 1 u. 3 ElektroStoffV, die beim Importeur vorliegen müssen sowie durch Inaugenscheinnahme des Gerätes hinsichtlich der Einhaltung der Kennzeichnungsvorgaben.

5.3.2 Kennzeichnungspflichten

Gemäß § 7 (5) ElektroStoffV besteht für Importeure die Verpflichtung, folgende Kennzeichnungen auf dem Elektro- oder Elektronikgerät anzubringen:

- Name, eingetragene Firma oder eingetragene Marke und Anschrift

Die Verpflichtung des Herstellers zur Angabe der entsprechenden Daten nach § 5 (2) ElektroStoffV bleibt hiervon unberührt. Die Angaben gem. § 7 (5) ElektroStoffV erfolgen zusätzlich.

Falls ein Anbringen auf dem Gerät nicht möglich ist, sind diese Kennzeichnungen mindestens auf der Verpackung oder den beiliegenden Unterlagen anzubringen.

Durch diese Kennzeichnung des Geräts oder der Verpackung soll sichergestellt werden, dass für den Fall der Nicht-Konformität eine Identifikation sämtlicher betroffener Geräte möglich ist und für die Geräte dieser Serie zielgerichtet Maßnahmen ergriffen werden können und eine leichte Kontaktaufnahme sowohl für Behörden als auch Verbraucher möglich ist.

Die Kontrolle erfolgt durch Inaugenscheinnahme des Elektro- bzw. Elektronikgerätes sowie seiner Verpackung und der beiliegenden Dokumentation.

5.3.3 Informationspflichten

Über die Rückrufe und Rücknahmen nicht konformer Elektro- und Elektronikgeräte hat der Importeur gemäß § 7 (3) ElektroStoffV ein Verzeichnis zu führen und seine Vertreiber in regelmäßigen Abständen über die gelisteten Geräte zu informieren. Im Zusammenhang mit der Feststellung nicht konformer Geräte müssen neben der zuständigen Behörde auch die Hersteller informiert werden (§ 7 (1) ElektroStoffV).

Die Kontrolle erfolgt durch Einsichtnahme in das Verzeichnis nicht konformer Elektro- und Elektronikgeräte.

Gemäß § 7 (4) ElektroStoffV hat der Importeur über einen Zeitraum von zehn Jahren ab dem Inverkehrbringen des letzten Stücks einer Elektro- oder Elektronikgeräteserie eine Kopie der EU-Konformitätserklärung für die zuständigen Behörden bereitzuhalten und dafür zu sorgen, dass er diesen Behörden auf Verlangen die technischen Unterlagen zur Konformitätsbewertung vorlegen kann.

Die Kontrolle erfolgt durch Einsichtnahme in die Kopie der technischen Unterlagen zur EU-Konformitätsbewertung sowie die Kopie der EU-Konformitätserklärung.

Gemäß § 10 ElektroStoffV ist der Importeur verpflichtet, alle Lieferanten und Abnehmer von Elektro- oder Elektronikgeräten, soweit diese Wirtschaftsakteure sind, zu benennen. Diese Information hat er über einen Zeitraum von zehn Jahren nach der Abgabe des Elektro- oder Elektronikgeräts bereitzuhalten. Diese Informationen dienen der Rückverfolgbarkeit von Geräten durch die zuständigen Behörden über die gesamte Lieferkette.

Die Kontrolle erfolgt durch Einsichtnahme in die entsprechenden Liefersdokumente.

Der Importeur ist gemäß § 7 (6) ElektroStoffV verpflichtet, der zuständigen Behörde auf deren begründetes Verlangen hin sämtliche Informationen und Unterlagen zur Verfügung zu stellen, die geeignet sind die Konformität eines Gerätes nachzuweisen. Die Informationen sind dabei in deutscher oder englischer Sprache vorzulegen. Des Weiteren ist er gegenüber der Behörde zur Unterstützung verpflichtet.

5.4 Pflichten der Vertreiber

Bringen Vertreiber Elektro- oder Elektronikgeräte

- unter ihrem eigenen Namen oder ihrer eigenen Marke in Verkehr oder
- verändern diese bereits auf dem Markt befindlichen Geräte so, dass die Einhaltung der geltenden Anforderungen beeinträchtigt werden kann,

gelten sie gemäß § 3 (11) ElektroG sowie § 9 ElektroStoffV als Hersteller und unterliegen damit den Verpflichtungen nach § 6 (2), 12, 17, 18, 25, 29 ElektroG sowie der Herstellerverpflichtungen nach §§ 4, 5 und 11 ElektroStoffV (s. Abschnitt 5.2).

(s. auch „Herstellerfiktion“ Abschnitt 3)

5.4.1 Pflichten gemäß ElektroG

5.4.1.1 Rücknahmepflichten

Die Erfassung von Altgeräten aus privaten Haushaltungen darf gemäß § 12 ElektroG u.a. von Vertreibern vorgenommen werden, diese dürfen für die Sammlung und Rücknahme auch Dritte beauftragen.

Gemäß § 17 (1) sind Vertreter mit einer Verkaufsfläche für Elektro- und Elektronikgeräte von mindestens 400 m² verpflichtet

1. bei der Abgabe eines neuen Elektro- oder Elektronikgerätes an einen Endnutzer ein Altgerät der gleichen Geräteart (mit im Wesentlichen den gleichen Funktionen) dieses Endnutzers, am Ort der Abgabe (auch der private Haushalt, sofern dorthin die Auslieferung des Neugeräts erfolgt) oder in unmittelbarer Nähe dazu unentgeltlich zurückzunehmen, und
2. Altgeräte, die in keiner äußeren Abmessung größer als 25 cm sind, in haushaltsüblichen Mengen entweder im Einzelhandelsgeschäft oder in unmittelbarer Nähe dazu, unabhängig vom Kauf eines Elektro- oder Elektronikgeräts, unentgeltlich zurückzunehmen.

Die Rücknahme darf nicht an Sammel- oder Übergabestellen der öRE nach § 13 (1) erfolgen. Vertreter dürfen Altgeräte außerdem freiwillig unentgeltlich zurücknehmen (i.S.d. § 17 (3)).

Als Verkaufsflächen im Sinne des § 17 (2) ElektroG gelten bei Vertrieben unter Verwendung von Fernkommunikationsmitteln alle Lager- und Versandflächen für Elektro- und Elektronikgeräte. Die Rücknahme ist hier durch geeignete Rückgabemöglichkeiten in zumutbarer Entfernung zum jeweiligen Endnutzer zu gewährleisten.

Vertreiber können, gemäß § 17 (4) i. V. m. § 13 (5) Satz 1, die kostenlose Annahme von Altgeräten ablehnen, die auf Grund einer Verunreinigung eine Gefahr für die Gesundheit und Sicherheit von Menschen darstellen.

Bei der Rücknahme von Altgeräten

- müssen die Behältnisse so befüllt werden, dass ein Zerbrechen der Altgeräte möglichst vermieden wird, ein mechanisches Verdichten der Altgeräte in den Behältnissen ist untersagt (gemäß § 17 (4) Satz 3),
- ist die Entfernung von Bauteilen aus oder von den Altgeräten unzulässig, das gilt nicht für die Entnahme von Altbatterien und –akkumulatoren.

Der Vertreter hat gemäß § 25 (3) der zuständigen Behörde die eingerichtete Rücknahmestelle vor Aufnahme der Rücknahmetätigkeit anzuzeigen.

Die Vertreter können gemäß § 17 (5) zurückgenommene Altgeräte oder deren Bauteile den Herstellern, deren Bevollmächtigten nach § 8 ElektroG oder den öRE übergeben. Macht der Vertreter davon keinen Gebrauch, ist er verpflichtet die Altgeräte wiederzuverwenden oder nach § 20 ElektroG zu behandeln und nach § 22 ElektroG zu entsorgen. Für die Übergabe, Behandlung und Entsorgung von Altgeräten darf der Vertreter kein Entgelt von privaten Haushalten verlangen.

5.4.1.2 Meldepflichten

Übergibt ein Vertreter zurückgenommene Altgeräte oder Bauteile nicht den Herstellern, deren Bevollmächtigten oder den öRE, so ist er verpflichtet diese wiederzuverwenden oder nach § 20 ElektroG zu behandeln und nach § 22 ElektroG zu entsorgen. Gemäß § 29 (1) hat der Vertreter der Stiftung ear bis zum 30. April des Folgejahres Folgendes mitzuteilen:

1. die Menge der von ihm je Kategorie im Kalenderjahr zur Wiederverwendung vorbereiteten und recycelten Altgeräte;
2. die Menge der von ihm je Kategorie im Kalenderjahr verwerteten Altgeräte;
3. die Menge der von ihm je Kategorie im Kalenderjahr beseitigten Altgeräte,

4. die Menge der von ihm je Kategorie im Kalenderjahr in Länder der EU oder in Drittstaaten zur Behandlung ausgeführten Altgeräte,
5. die bei Erstbehandlungsanlagen zusammengefassten Mengen nach § 22 (3) und
6. die Menge der von ihm je Kategorie im Kalenderjahr an die Hersteller, deren Bevollmächtigte oder an die öRE übergebenen Altgeräte.

Gasentladungslampen und sonstige Lampen sind für die Punkte 1 - 5 dabei gesondert auszuweisen.

Die Kontrolle der Einhaltung der Meldepflichten erfolgt durch die Stiftung ear.

5.4.1.3 Prüf- und Dokumentationspflichten

Der Vertreiber hat sich, bevor er ein Elektro- oder Elektronikgerät anbietet, gemäß § 6 (2) Satz 2 ElektroG davon zu überzeugen, dass sich dessen Hersteller bzw. dessen Bevollmächtigter hat registrieren lassen.

Die Überprüfung erfolgt durch eine Recherche in der Registrierungsdatenbank der Stiftung ear.

5.4.1.4 Informationspflichten

Vertreiber haben gemäß § 18 (2) private Haushalte über folgende Punkte zu informieren:

- die Verpflichtung der Besitzer, Elektro- und Elektronik-Altgeräte gemäß § 10 (1) Satz 1 einer vom unsortierten Siedlungsabfall getrennten Erfassung zuzuführen,
- die Verpflichtung der Besitzer von Altgeräten, diese nach § 10 (1) Satz 2 vor der Rückgabe von Altbatterien und –akkumulatoren, die nicht vom Altgerät umschlossen sind zu trennen
- die durch ihn zur Verfügung gestellten Möglichkeiten der Rückgabe oder Sammlung von Altgeräten und über die Möglichkeiten der Abgabe von Geräten zum Zweck der Wiederverwendung,
- die Eigenverantwortung der Endnutzer im Hinblick auf das Löschen personenbezogener Daten auf den zu entsorgenden Altgeräten
- die Bedeutung des Symbols nach Anlage 3 ElektroG.

Die Einhaltung dieser Informationspflicht kann durch Vertreiberbefragung überprüft werden.

5.4.2 Pflichten gemäß ElektroStoffV

5.4.2.1 Prüf- und Dokumentationspflichten

Der Vertreiber muss sich gemäß § 8 (1) ElektroStoffV, bevor er ein Elektro- und Elektronikgerät auf dem Markt bereitstellt, mit der erforderlichen Sorgfalt davon überzeugen, dass

1. das Gerät mit der CE-Kennzeichnung nach § 12 ElektroStoffV versehen ist und
2. der Hersteller die Kennzeichnungspflichten nach § 5 (1 u. 2) ElektroStoffV und der Importeur seine Kennzeichnungspflicht nach § 7 (5) ElektroStoffV erfüllt hat.

Unter erforderlicher Sorgfalt in diesem Zusammenhang ist zu verstehen, dass der Vertreiber nicht jedes einzelne, in seinem Sortiment befindliche Elektro- und Elektronikgerät auf das Vorliegen der o. g. Voraussetzungen prüfen soll, sondern hier lediglich stichprobenartig prü-

fen muss. Die Prüfung kann sich dabei nur auf die Aspekte beziehen, die für den Vertreiber offensichtlich sind.

Im Falle, dass das Gerät diese Anforderungen nicht erfüllt, darf es nicht in Verkehr gebracht werden und der Vertreiber hat den Hersteller bzw. Importeur sowie die zuständigen Behörden zu informieren.

Besteht Grund zu der Annahme, dass ein auf dem Markt bereitgestelltes Gerät nicht den Anforderungen des § 3 ElektroStoffV entspricht, hat der Vertreiber gemäß § 8 (2) ElektroStoffV sicherzustellen, dass alle Maßnahmen ergriffen werden, um die Konformität herzustellen. Hierzu gehören u. a. die Identifikation der betroffenen Serie oder Charge, die Analyse der Ursachen für die Nicht-Konformität sowie ggf. ein Stopp des Inverkehrbringens. Die Herstellung der Konformität wird dabei allerdings regelmäßig dem Hersteller obliegen, da dieser verpflichtet ist, Geräte entsprechend der geltenden Anforderungen zu entwerfen und herzustellen. Sofern dieses nicht möglich ist, sind die Geräte vom Markt zu nehmen oder zurückzurufen. In Abstimmung mit den zu informierenden Marktüberwachungsbehörden können auch alternative Maßnahmen ergriffen werden. Er hat darüber auch den Hersteller bzw. Importeur zu informieren.

Die Überprüfung erfolgt durch Inaugenscheinnahme des Gerätes hinsichtlich der Einhaltung der Kennzeichnungsvorgaben.

5.4.2.2 Informationspflichten

Gemäß § 10 ElektroStoffV ist der Vertreiber verpflichtet, alle Lieferanten und Abnehmer von Elektro- oder Elektronikgeräten, soweit diese Wirtschaftsakteure sind, zu benennen. Diese Information hat er über einen Zeitraum von zehn Jahren nach der Abgabe des Elektro- oder Elektronikgeräts bereitzuhalten. Diese Informationen dienen der Rückverfolgbarkeit von Geräten durch die zuständigen Behörden über die gesamte Lieferkette.

Die Kontrolle erfolgt durch Einsichtnahme in die entsprechenden Lieferdokumente.

Der Vertreiber ist gemäß § 8 (3) ElektroStoffV verpflichtet, der zuständigen Behörde auf deren begründetes Verlangen hin sämtliche ihm vorliegenden Informationen und Unterlagen zur Verfügung zu stellen, die geeignet sind die Konformität eines Gerätes nachzuweisen. Des Weiteren ist er gegenüber der Behörde zur Unterstützung verpflichtet.

5.5 Pflichten der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger

5.5.1 Erfassungs- und Übergabepflichten

Die örE sind gemäß § 13 (1) ElektroG mit der kostenlosen Erfassung der Elektro- und Elektronik-Altgeräte aus privaten Haushalten, die durch private Haushalte, Gewerbetreibende oder Vertreiber aus dem Gebiet des öffentlichen Entsorgungsträgers angeliefert werden, betraut. Zu diesem Zweck haben sie Sammelstellen einzurichten, an welchen die privaten Haushalte, die Gewerbetreibenden und die Vertreiber Altgeräte unentgeltlich im Bringsystem anliefern können. Die anzunehmenden Altgerätegruppen an einzelnen Sammelstellen können gemäß § 13 (2) ElektroG den verfügbaren Platzverhältnissen angepasst werden. Dabei müssen jedoch die Erfassung aller sechs Altgerätegruppen sowie eine ausreichende Anzahl an Sammelstellen im Entsorgungsgebiet sichergestellt sein. Neben diesem Bringsystem ist es dem örE unbenommen, Altgeräte auch im Holsystem zu erfassen, nach § 13 (3) ElektroG. In diesem Fall dürfen die örE Transportkosten in Rechnung stellen.

Die örE haben gemäß § 14 (1) ElektroG die Altgeräte in folgenden Gruppen in Behältnissen unentgeltlich zur Abholung durch beauftragte Dritte der Stiftung ear bereitzustellen:

1. Gruppe 1: Haushaltsgroßgeräte, automatische Ausgabegeräte,
2. Gruppe 2: Kühlgeräte, ölfüllte Radiatoren

3. Gruppe 3: Bildschirme, Monitore und TV-Geräte,
4. Gruppe 4: Lampen
5. Gruppe 5: Haushaltskleingeräte, Informations- und Telekommunikationsgeräte, Geräte der Unterhaltungselektronik, Leuchten und sonstige Beleuchtungskörper sowie Geräte für die Ausbreitung oder Steuerung von Licht, elektrische und elektronische Werkzeuge, Spielzeuge, Sport- und Freizeitgeräte, Medizinprodukte, Überwachungs- und Kontrollinstrumente und
6. Gruppe 6: Photovoltaikmodule

Zur Auslösung einer Abholung senden die örE eine Abholanordnung online an die Stiftung ear, wenn folgende Abholmengen erreicht sind:

- Gruppen 1, 2, 3 und 5: mind. 30 m³ pro Gruppe bzw.
- Gruppe 4: mind. 3 m³
- Gruppe 6: mind. 2,5 m³

Die eingerichteten Sammel- und Übergabestellen sind von den örE gegenüber der Stiftung ear anzuzeigen. Änderungen im Hinblick auf die angezeigten Sammel- und Übergabestellen sind nach § 25 (1) unverzüglich anzuzeigen.

Die Überwachung erfolgt durch Inaugenscheinnahme der Übergabestelle sowie Befragung der Betreiber hinsichtlich des Ablaufs der Vollmeldung an die Stiftung ear sowie die anschließend erfolgende Abholung durch die Hersteller.

5.5.2 Entsorgungspflichten

Entscheidet sich ein örE gemäß § 14 (5) ElektroG die gesamten Altgeräte einer Gruppe für mindestens zwei Jahre von der Abholung auszunehmen (sog. Optierung), so ist er verpflichtet, diese Elektro- und Elektronik-Altgeräte entsprechend der Vorgaben des ElektroG wiederzuverwenden, zu behandeln und zu entsorgen. Die Optierung ist der Stiftung ear sechs Monate vor Beginn der eigenverantwortlichen Entsorgung anzuzeigen, nach § 25 (1) ElektroG. Insoweit der örE die Erstbehandlungsanlage selbst betreibt, ist Abschnitt 5.6 dieses Leitfadens zur Erstbehandlung entsprechend zu beachten.

Die Kontrolle erfolgt über die vertraglichen Vereinbarungen und entsprechenden Entsorgungsnachweise.

5.5.3 Melde- und Nachweispflichten

Hat sich ein örE für eine Optierung gemäß § 14 (5) entschieden, ist er gemäß § 26 (1) verpflichtet, der Stiftung ear folgende Angaben mitzuteilen:

- monatlich (bis zum 15. des Folgemonats) die Menge der von ihm je Gruppe und Kategorie an die Erstbehandlungsanlage abgegebenen Altgeräte,
- die Menge der von ihm je Kategorie im Kalenderjahr zur Wiederverwendung vorbereiteten und recycelten Altgeräte,
- die Menge der von ihm je Kategorie im Kalenderjahr verwerteten Altgeräte,
- die Menge der von ihm je Kategorie im Kalenderjahr beseitigten Altgeräte und
- die Menge der von ihm je Kategorie im Kalenderjahr in Länder der EU oder in Drittstaaten zur Behandlung ausgeführten Altgeräte.

Die jährlichen Mitteilungen müssen bis zum 30. April des darauf folgenden Kalenderjahres bei der Stiftung ear vorliegen. Die örE haben darüber hinaus der Stiftung ear jährlich bis zum

30. April die im vorangegangenen Kalenderjahr bei den Erstbehandlungsanlagen zusammengefassten Mengen nach § 26 (3) ElektroG zu melden.

Die Einhaltung der Meldepflichten wird durch die Stiftung ear geprüft.

Öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger sind im Hinblick auf Elektroaltgeräte, die nach Maßgabe von § 13 ElektroG gesammelt werden, registerpflichtig i. S. von § 24 (7) (6) NachweisV.

Die Kontrolle erfolgt durch Einsichtnahme in das Register.

5.5.4 Informationspflichten

Die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger (örE) haben die privaten Haushalte in ihrem Zuständigkeitsbereich gemäß § 18 (1) ElektroG zu informieren über:

- die Verpflichtung der Besitzer, Elektro- und Elektronik-Altgeräte einer vom unsortierten Siedlungsabfall getrennten Erfassung zuzuführen (§ 10 (1) ElektroG); Altbatterien und –akkumulatoren die nicht vom Altgerät umschlossen sind, sind vor der Abgabe des Geräts zu entfernen,
- die in ihrem Gebiet zur Verfügung stehenden Möglichkeiten der Rückgabe oder Sammlung von Altgeräten sowie die Möglichkeiten der Abgabe von Geräten zum Zweck der Wiederverwendung,
- den Beitrag, den die privaten Haushalte zur Wiederverwendung, zum Recycling und zu anderen Formen der Verwertung von Altgeräten,
- die Notwendigkeit eines ordnungsgemäßen Abbaus sowie einer ordnungsgemäßen Verpackung von asbesthaltigen Nachtspeicherheizgeräten als Voraussetzung für eine kostenlose Abgabe bei den örE,
- die möglichen Auswirkungen bei der Entsorgung der in den Elektro- und Elektronikgeräten enthaltenen gefährlichen Stoffe auf die Umwelt und die menschliche Gesundheit, insbesondere die Gefahren die auf Grund einer nicht ordnungsgemäßen bruch sicheren Erfassung durch Schadstoffe entstehen können,
- die möglichen Auswirkungen auf die Umwelt und die menschliche Gesundheit einer Erfassung und Entsorgung durch Personen, die nicht nach § 12 ElektroG zur Erfassung berechtigt sind,
- die Eigenverantwortung der Endnutzer im Hinblick auf das Löschen personenbezogener Daten auf den zu entsorgenden Altgeräten und
- die Bedeutung des Symbols nach Anlage 3 ElektroG

Die Information erfolgt im Regelfall im Rahmen der Abfallberatung der örE (bspw. Abfallkalender, Pressemitteilungen etc.) und kann entsprechend überprüft werden.

5.6 Pflichten der Erstbehandlungsanlagen

Den prinzipiellen Ablauf der Erfassung und Verwertung von Elektro- und Elektronik-Altgeräten zeigt Abbildung 4. Darin wird die Stellung der Erstbehandlungsanlagen im System der Entsorgung von Elektro- und Elektroaltgeräten sowie deren Beziehung zu den Folgebehandlern deutlich.

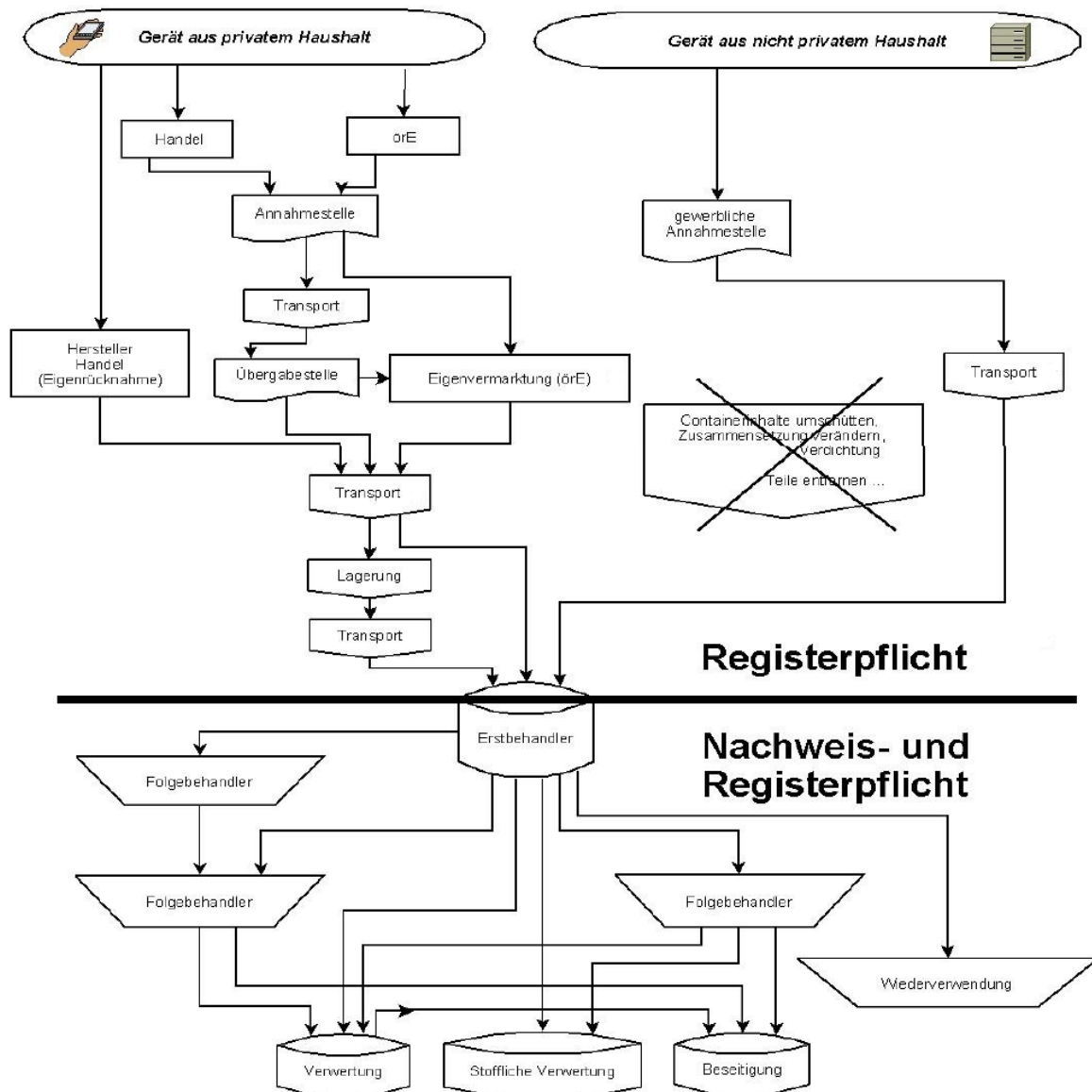


Abbildung 4: Fließbild Erfassung und Verwertung von Altgeräten [LAGA M31 (2009)]

Altgeräte sind vor der Durchführung weiterer Verwertungs- und Beseitigungsmaßnahmen einer Erstbehandlung zuzuführen. Gemäß § 20 (1) ElektroG sind Elektro- und Elektronik-Altgeräte vor der Erstbehandlung dahingehend zu überprüfen, ob sie einer Vorbereitung zur Wiederverwendung zugeführt werden können. Dabei gilt der Grundsatz der technischen und wirtschaftlichen Zumutbarkeit, welche allerdings je nach Region, Geräteart und –marke u. a. Kriterien unterschiedlich definiert sein kann.

Die Erstbehandlung und weitere Behandlungstätigkeiten selbst haben gemäß § 20 (2) ElektroG nach dem Stand der Technik im Sinne des § 3 (28) KrWG zu erfolgen. Dabei sind folgende Mindestanforderungen zu erfüllen:

- Entfernung aller Flüssigkeiten,
- selektive Behandlung von Werkstoffen und Bauteilen von Altgeräten gemäß Anlage 4 ElektroG und
- technische Anforderungen an Standorte für die Lagerung und Behandlung von Altgeräten gemäß Anlage 5 ElektroG.

Entnommene Batterien oder Akkumulatoren sind gemäß § 12 (1) BattG der Stiftung GRS Batterien oder einem herstellereigenen Rücknahmesystem für Gerätebatterien zur Rücknahme bereitzustellen.

Die Einhaltung dieser Anforderungen muss gemäß § 21 (2) ElektroG für Erstbehandlungsanlagen jährlich durch einen geeigneten, unabhängigen Sachverständigen zertifiziert werden (Bsp. s. Anlage 1). Der Sachverständige darf das Zertifikat gemäß § 21 (3) ElektroG nur dann erteilen, wenn

- in der Anlage die Durchführung sämtlicher Tätigkeiten einer Erstbehandlung möglich ist,
- die Anlage technisch geeignet ist, die Behandlungsanforderungen nach § 20 (2) ElektroG einzuhalten und
- an der Anlage alle Primärdaten nach § 22 (3) Satz 1 ElektroG, die zur Berechnung und zum Nachweis der Verwertungsquoten erforderlich sind, in nachvollziehbarer Weise dokumentiert werden. Hierzu zählen alle Aufzeichnungen über das Gewicht der Altgeräte, ihrer Bauteile, Werkstoffe und Stoffe, wenn diese
 - der Erstbehandlung zugeführt werden,
 - die Erstbehandlung verlassen,
 - der Verwertungsanlage zugeführt werden und
 - die Verwertungsanlage verlassen.

Ein Entsorgungsfachbetriebezertifikat, welches die o. g. Prüfungen beinhaltet und ausweist, ist als gleichwertig anzusehen nach § 21 (4) ElektroG.

Die Überprüfung der Erfüllung der technischen Eignung einer Erstbehandlungsanlage gemäß der Anhänge III und IV ElektroG sowie der Fähigkeit zur Dokumentation aller Primärdaten bis zum Verwerter erfolgt durch Einsichtnahme in das Zertifikat des Sachverständigen sowie den dazugehörigen Prüfbericht bzw. durch eine entsprechende Prüfung der genannten Punkte durch den Überwacher.

5.7 Praktische Vorgehensweise bei der Überwachung - Hinweise zur Verwendung der Checklisten

Um ein einheitliches Vorgehen bei der abfallrechtlichen Überwachung durch die zuständigen Behörden in Sachsen-Anhalt zu organisieren, wurden dieser Leitfaden und verschiedene Checklisten erstellt. Die Checklisten dienen den Überwachungsbehörden zur Prüfung der Einhaltung der geltenden Rechtsvorschriften durch die im Geltungsbereich des ElektroG tätigen Wirtschaftsteilnehmer.

Die Checklisten sind so aufgebaut, dass im Regelfall die Beantwortung der angegebenen Fragen mit „Ja“ oder „Nein“ möglich ist. Insbesondere, wenn Abweichungen festgestellt werden, sind diese unter „Bemerkungen“ näher zu erläutern. In der rechten Spalte finden sich die zur jeweiligen Frage gehörigen rechtlichen Verweise sowie Anmerkungen und Hinweise zur Überwachung.

Dabei ist jedoch zu beachten, dass im Rahmen von Plausibilitätsprüfungen die vom zu überwachenden Unternehmen für den jeweiligen Sachverhalt verwendeten Daten nicht in erster Linie aus vorgelegten Berichten zu übernehmen, sondern anhand der Betriebsdokumentationen abzugleichen sind.

Nicht alle Fragen der Checklisten können direkt bei der Überwachung im Unternehmen beantwortet werden. Einige Fragestellungen sind durch eine Recherche in den amtlich verfügbaren Informationsquellen bzw. im Internet zu klären. Aus diesem Grund ist es empfehlenswert, bereits vor dem Vor-Ort-Besuch bzw. im Rahmen der Nachbereitung weitere Informationen einzuholen.

In Bezug auf Elektro- und Elektronikgeräte werden einzuhaltende Vorgaben

- zu den Registrierungspflichten,
 - zur Produktkonzeption,
 - zu den Sammelstellen,
 - zu den Rücknahmepflichtenpflichten,
 - zu den Meldepflichten,
 - zu den Stoffbeschränkungen,
 - zu den Prüf-, Kontroll- und Dokumentationspflichten,
 - zu den Kennzeichnungspflichten,
 - zu den Mitteilungs- und Informationspflichten sowie
 - zum Standort und den Betrieb von Behandlungsanlagen
- abgefragt.

Im Einzelnen sind im Anhang dieses Leitfadens Checklisten für die Überwachung von

- Herstellern,
 - Importeuren,
 - Vertreibern,
 - Öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern sowie
 - Erstbehandlungsanlagen
- enthalten.

Im ersten Abschnitt einer jeden Checkliste sind allgemeine Angaben zur Überwachung zu machen (Behörde, Bearbeiter, kontrollierte Einrichtung, Art des kontrollierten Unternehmens etc.).

Der Anhang der Checklisten „Hersteller“ und „Importeur“ enthält Abfragen zur stichprobenartigen Überwachung produktspezifischer Anforderungen an Elektro- und Elektronikgeräte. Dazu ist für jedes ausgewählte Elektro- und Elektronikgerät die „Anlage – Gerätespezifische Anforderungen“ auszufüllen. Es ist darauf zu achten, dass mittels der Angaben im Anhang der Checklisten das kontrollierte Gerät eindeutig identifiziert werden kann.

Im Abschnitt 3 erfolgen eine zusammenfassende Bewertung sowie die Darstellung der getroffenen Maßnahmen. Der benötigte Zeitaufwand der Überwachungsmaßnahme ist zu notieren. Bei dessen Berechnung sind neben der reinen Vor-Ort-Überwachungsmaßnahme auch die aufgewendeten Zeiten für die

- Vorbereitung,
 - Nachbereitung,
 - Fahrten,
 - Protokollierung sowie
 - Nachkontrolle von ergangenen Auflagen
- zu berücksichtigen.

Checklisten „Hersteller“ und „Importeure“:

Vor der Vor-Ort-Kontrolle ist es erforderlich, dass sich der Überwacher hinsichtlich der vom Hersteller/Importeur registrierten Marken in der Datenbank der Stiftung ear informiert. Zu diesem Zweck ist die Tabelle „Registrierte Marken“ im Abschnitt 1.2 der jeweiligen Checkliste in der erforderlichen Anzahl auszufüllen.

Checklisten „Importeure“ und „Vertreiber“:

Im Abschnitt 1.2 sind Bedingungen aufgelistet, unter denen ein Importeur oder Vertreiber auch Hersteller i. S. d. ElektroStoffV sein kann. Erfüllt das kontrollierte Unternehmen neben der reinen Importeur- oder Vertreibereigenschaft eine der aufgelisteten Bedingungen, sind sowohl die Checklisten „Importeur“ oder „Vertreiber“ als auch die Checkliste „Hersteller“ auszufüllen.

Checkliste „Behandlungsanlage“:

Die Prüfung der Einhaltung der gesetzlich geforderten Verwertungsquoten ist aufgrund der Komplexität nicht Gegenstand der Checkliste. Eine Plausibilitätsprüfung sollte in einem gesonderten Verfahren erfolgen.

6 Quellenverzeichnis

AbfG LSA	Abfallgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (AbfG LSA) vom 1. Februar 2010, mehrfach geändert durch § 1 des Gesetzes vom 10. Dezember 2015 (GVBl. LSA S. 610)
AbfVerbG	Gesetz zur Ausführung der Verordnung (EG) Nr. 1013/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2006 über die Verbringung von Abfällen und des Basler Übereinkommens vom 22. März 1989 über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung (Abfallverbringungsgesetz - AbfVerbG) vom 19. Juli 2007 (BGBl. I S. 1462), geändert durch Artikel 5 Abs. 34 des Gesetzes vom 24. Feb. 2012 (BGBl. I S. 212, 262, ber. S. 1474), das durch Artikel 1 des Gesetzes vom 1. November 2016 (BGBl. I S. 2452) geändert worden ist.
BattG	Gesetz über das Inverkehrbringen, die Rücknahme und die umweltverträgliche Entsorgung von Batterien und Akkumulatoren (Batteriegesetz - BattG) vom 25. Juni 2009 (BGBl. I S. 1582), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20. November 2015 (BGBl. I S. 2071) geändert worden ist.
DIN EN 50419	DIN EN 50419; VDE 0042-10:2006-06:2006-06, Kennzeichnung von Elektro- und Elektronikgeräten entsprechend Art. 11 (2) der Richtlinie 2002/96/EG (WEEE); Deutsche Fassung EN 50419:2006
EfbV	Verordnung über Entsorgungsfachbetriebe (Entsorgungsfachbetriebeverordnung - EfbV) vom 10. September 1996 (BGBl. I S. 1421), das zuletzt durch Artikel 2 der Verordnung vom 5. Dezember 2013 (BGBl. I S. 4043) geändert worden ist
ElektroG	Gesetz über das Inverkehrbringen, die Rücknahme und die umweltverträgliche Entsorgung von Elektro- und Elektronikgeräten (Elektro- und Elektronikgerätegesetz - ElektroG) vom 20. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1739), das zuletzt durch Artikel 3 der Verordnung vom 20. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1739) geändert worden ist.
ElektroStoffV	Verordnung zur Beschränkung der Verwendung gefährlicher Stoffe in Elektro- und Elektronikgeräten (Elektro- und Elektronikgeräte-Stoffverordnung - ElektroStoffV) vom 19. April 2013 (BGBl. I S. 1111), die durch Artikel 1 der Verordnung vom 4. Juli 2016 (BGBl. I S. 1581) geändert worden ist.
KrWG	Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Bewirtschaftung von Abfällen (Kreislaufwirtschaftsgesetz - KrWG) vom 24. Februar 2012 (BGBl. I S. 212), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 4. April 2016 (BGBl. I S. 569) geändert worden ist.
LAGA M31 (2009)	Mitteilung der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Abfall (LAGA) 31 „Anforderungen zur Entsorgung von Elektro- und Elektronik-Altgeräten“, Altgeräte-Merkblatt, Stand: September 2009
NachweisV	Verordnung über die Nachweisführung bei der Entsorgung von Abfällen (Nachweisverordnung - NachwV) vom 20. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2298), die durch Artikel 97 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist.
PCBAbfallV	Verordnung über die Entsorgung polychlorierter Biphenyle, polychlorierter Terphenyle und halogener Monomethyldiphenylmethane (PCB/PCT-Abfallverordnung - PCBAbfallV) vom 26. Juni 2000 (BGBl. I

	S. 932), die zuletzt durch Artikel 5 Absatz 21 des Gesetzes vom 24. Februar 2012 (BGBl. I S. 212) geändert worden ist
ProdSG	Gesetz über die Bereitstellung von Produkten auf dem Markt (Produktsicherheitsgesetz - ProdSG) vom 8. November 2011 (BGBl. I S. 2178, 2179; 2012 I S. 131), das durch Artikel 435 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist.
RL 2011/65/EU	Richtlinie 2011/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2011 zur Beschränkung der Verwendung bestimmter gefährlicher Stoffe in Elektro- und Elektronikgeräten (ABl. EU Nr. L 174 S. 88, ber. Abl. EU Nr. L 209/2012 S. 18) zuletzt geändert durch M29 Delegierte Richtlinie (EU) 2015/863 der Kommission vom 31. März 2015 (ABl. EU Nr. L137/2015 S. 10)
RL 2012/19/EU	Richtlinie 2012/19/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2012 über Elektro- und Elektronik-Altgeräte (ABl. EU Nr. L 197/2012 S. 38)
StrlSchV	Verordnung über den Schutz vor Schäden durch ionisierende Strahlen (Strahlenschutzverordnung - StrlSchV) vom 20. Juli 2001 (BGBl. I S. 1714; 2002 I S. 1459), die zuletzt durch Artikel 8 des Gesetzes vom 26. Juli 2016 (BGBl. I S. 1843) geändert worden ist.
VO (EG) 1013/2006	Verordnung (EG) Nr. 1013/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2006 über die Verbringung von Abfällen (ABl. L 190/2006, S. 1, ber. ABl. L 318/2008, S. 15), zuletzt geändert durch Verordnung (EU) Nr. 255/2013 der Kommission vom 20. März 2013 (ABl. EU Nr. L 79 S. 19)